

WBG

Mareike König/Élise Julien

Deutsch-Französische Geschichte

1870 bis 1918



wbg Academic

WBG
Deutsch-Französische
Geschichte

Bd. VII

WBG
Deutsch-Französische
Geschichte

Herausgegeben vom
Deutschen Historischen Institut Paris
und von Michael Werner

Mareike König und Élise Julien

Verfeindung und Verflechtung.
Deutschland und Frankreich
1870–1918

Übersetzung der französischen Teile

von

Birgit Lamerz-Beckschäfer

Karten: Peter Palm, Berlin

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Wbg academic ist ein Imprint der wbg
© 2019 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
Die Herausgabe des Werkes wurde durch
die Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.
Redaktion: Kristine Althöhn, Mainz
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-14705-2

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:
eBook (PDF): 978-3-534-74540-1
eBook (epub): 978-3-534-74541-8

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 7

I. Überblick

1. Deutsch-Französischer Krieg 1870/71 15
 - Öffentliche Meinung und Medien im Krieg 17
 - Kriegserfahrungen von Soldaten und Zivilisten 21
 - Das Kriegsende: Sieg, Niederlage und Bürgerkrieg 23
2. Herausforderungen und Ambitionen 27
 - Republik und Monarchie denken und gestalten 27
 - Begegnungen auf internationaler Bühne 48
 - Ökonomische Rivalität und Kooperation 61
 - Provinces perdues*: das Reichsland Elsass-Lothringen 67
3. Protest und Dissens 79
 - Kulturkämpfe und Laizität 80
 - Arbeiterbewegungen und Sozialpolitik 91
 - Nationalistische Bewegungen 102
 - Antisemitismus 117
 - Friedensbewegung 124
4. Moderne Lebenswelten 136
 - Medien, Presse, Öffentlichkeit 137
 - Städtische und ländliche Lebensformen 149
 - Massen- und Vergnügungskulturen 161
 - Kunst und Avantgarde 172
5. Erster Weltkrieg 1914–1918 180
 - Die Umstände des Kriegseintritts beider Länder 180
 - Die Fronten in einem langen Krieg 190
 - Die inneren Fronten in einem Konflikt auf dem Weg zum totalen Krieg 204
 - Die Verschiebung des Gleichgewichts und das Ende des Krieges 219

II. Fragen und Perspektiven

1. Elsass-Lothringen zwischen Deutschland und Frankreich 237
Komplexe und konkurrierende Identitäten 239
Elsässischer Regionalismus 242
Elsass-Lothringen im Ersten Weltkrieg 249
2. Moderner Antisemitismus 256
„Berliner Antisemitismusstreit“ 258
Dreyfussaffäre 265
3. Die Kolonialimperien 276
Kooperation, Transfer und Konkurrenz 277
Koloniale Durchdringung der Gesellschaften 285
4. Auf dem Weg zum totalen Krieg? 293
Deutsch-Französischer Krieg 295
Kolonialkriege 303
Erster Weltkrieg 308
5. Durchhalten im Krieg – an der Front und in der Heimat 315
Durchhalten an der Front: Streitpunkt Zustimmung 315
Durchhalten in der Heimat: Der Einfluss politischer, wirtschaftlicher
und sozialer Faktoren 321
Die Kriegskulturen: Ausdruck der Zustimmung oder mentale Mobil-
machung? 328

Schlussbetrachtungen 334

III. Bibliografie

1. Quellen, Dokumentensammlungen und Memoiren 341
2. Sekundärliteratur nach Themen geordnet 343

Karten 421

Zeittafel 423

Register 429

Einleitung

„Ein französisches Kriegerfest auf deutscher Erde“, so titelte am 4. Oktober 1908 die „Arbeiter-Zeitung“ ihren kurzen Beitrag über die deutsch-französische Einweihungsfeier eines Denkmals in Noisseville zur Erinnerung an dort im Krieg 1870/71 gefallene französische Soldaten. 38 Jahre nach der Schlacht kamen französische Offiziere und Veteranen in Uniform, Angehörige deutscher Regimenter, Vertreter der Zivil- und Militärbehörden und mehrere Zehntausend Menschen am französischen Denkmal in dem kleinen Örtchen zusammen, das nach dem Krieg mit Teilen Elsass und Lothringens vom Deutschen Kaiserreich annektiert worden war. Der Bezirkspräsident von Lothringen, Friedrich von Zeppelin-Aschhausen, legte einen Kranz der kaiserlichen Regierung nieder und stellte das Denkmal unter ihren Schutz. Die Trikolore wurde gehisst und die Marseillaise gesungen, was in Elsass-Lothringen eigentlich verboten war¹.

Das gemeinsame Gedenken der 1870/71 gefallenen französischen Soldaten auf deutschem Boden – ein Zeichen für eine deutsch-französische Aussöhnung? Das wäre vielleicht zu überspitzt. Doch wird in dieser gemeinsamen Feier die Gleichzeitigkeit von Verfeindung und Verflechtung deutlich, die beiden Pole, innerhalb derer sich die deutsch-französische Geschichte zwischen 1870 und 1918 bewegte. Während lange Zeit die Epoche nach dem Deutsch-Französischen Krieg wenn nicht als Beginn, so zumindest als endgültige Verfestigung einer sich seit den napoleonischen Kriegen anbahnenden deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ galt, zeigen neuere Forschungen die Vielfalt enger Interaktionen zwischen beiden Ländern. Bis in das politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und gesellschaftliche Leben der Menschen hinein gab es stets beides zugleich: Verfeindung und Verflechtung, je nach Thema in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlicher Tiefe. Beides schloss sich nicht aus, sondern

1 Für Anregungen und Kritik bei der Abfassung dieses Bandes bedanken wir uns sehr herzlich bei Jörn Leonhard, Ute Daniel, Reiner Marcowitz, Jürgen Finger, Arndt Weinrich, Nicolas Patin, Stefan Martens, Thomas Maissen und Michael Werner. Mit wichtigen Hinweisen und Anmerkungen zu verschiedenen Themenfeldern geholfen haben außerdem Ulrich Wyrwa, Helmut Walser Smith, Steven Englund, Anne Kwaschik, Jörg Echternkamp, Susanne Kuss, Jörg Requate, Hannah Schneider, Quentin Deluermoz, Oliver Schulz, Dominique Trimbur, Corine Defrance, Anne Seitz, Anette Schlimm, Christine de Gemeaux, Elisa Marcobelli, Frauke Michler und Nic Leonhardt. Auch ihnen sei herzlich gedankt.

bedingte sich gegenseitig, überlagerte sich und verlief parallel, wobei Verfeinerung und Verflechtung zugleich Zustand und Prozess sein können.

Dieser Band der Handbuchreihe „Deutsch-Französische Geschichte“ wirft einen neuen Blick auf die Epoche von 1870 bis 1918, um zum einen den hinlänglich bekannten Teil der Polarisierung und des Antagonismus zu ergänzen und zum anderen die jeweilige nationale Geschichte zu erweitern. Im Sinne der Reihe legen die beiden Autorinnen eine *histoire croisée* zwischen Deutschland und Frankreich vor, die den nationalstaatlichen Rahmen nicht auflöst, aber transzendiert und anhand von Transfer und Austausch die multiplen Beziehungen zwischen beiden Ländern nachzeichnet². Mit einer deutschen und einer französischen Autorin ist das Buch selbst ein deutsch-französisches Projekt und bietet eine überkreuzte Perspektive auf die gemeinsame wie auf die jeweilige nationale Geschichte beider Länder³.

Die deutsch-französische Geschichte 1870–1918 muss vor dem Hintergrund der Herausforderungen betrachtet werden, vor denen alle westeuropäischen Gesellschaften auf dem Weg der Moderne in ähnlicher Weise standen⁴. Zu den Transformationsprozessen gehörten die Entstehung des modernen Nationalstaates, die Demokratisierung der Massen und die Sicherung ihrer Loyalität dem Staat gegenüber, die Hochindustrialisierung und technische Revolution sowie die soziale Integration in zunehmend medialisierte Massengesellschaften, in denen andere Integrationselemente wie Stand, Kirche oder Familie an Bedeutung einbüßten. Eine neuartige Massenpresse spiegelte diese Themen nicht nur, sondern trat zugleich selbst als Akteur auf. Die Welt der Moderne veränderte sich schnell und radikal, erweiterte sich und wurde zunehmend global gedacht und erlebt, wobei die technische Moderne Verflechtungen von neuartiger Reichweite und Intensität etwa über Eisenbahn, Dampfschiffe und Telegrafie überhaupt erst ermöglichte. Diese Technologieschübe prägten für die Zeitgenossen das Bild einer Epoche des raschen Wandels und der unaufhaltsamen Veränderungen, die neben Fortschrittsbegeisterung zugleich Desorientierung, Kulturkritik und weltanschauliche Gegenentwürfe hervorriefen.

Auf der Suche nach Inspiration ging der Blick oftmals zum Nachbarn jenseits des Rheins, sei es im sozialen, wissenschaftlichen oder kulturellen Bereich, sei es in der Wirtschaft, in der Kolonialpolitik oder im modernen Städtebau.

2 Zur *histoire croisée* und ihrer Abgrenzung von Transfer und Vergleich siehe WERNER 2015 [68]; WERNER, ZIMMERMANN 2004 [67]; WERNER ZIMMERMANN 2003 [66]; WERNER, ZIMMERMANN 2002.

3 Die Kapitel I.1 bis I.4 im Überblick sowie die vertiefenden Kapitel I.2 und I.3 wurden von Mareike König verfasst. Von Elise Julien stammen die Kapitel zum Ersten Weltkrieg I.5 und II.5. Die vertiefenden Kapitel zu Elsass-Lothringen und zum totalen Krieg wurden gemeinsam verfasst, wobei hier ebenso die Teile bis 1914 von Mareike König, die Teile zum Ersten Weltkrieg von Elise Julien geschrieben wurden.

4 „Moderne“ wird hier als Epochenbegriff verwendet. Er ist nicht normativ gemeint. Vgl. dazu BAUER 2004 [84], S. 29–30.

Eng wurde die jeweilige Diskussion im anderen Land verfolgt. Zugleich fand über Publikationen, Kongresse, Ausstellungen, Reisen und persönliche Kontakte ein Austausch statt, um mögliche Lösungen für reale und vorgestellte Probleme zu finden. Dabei ging es nicht um einen einfachen Import von Ideen. Vielmehr zirkulierten Modelle, die Anpassungen an lokale und nationale Gegebenheiten erfuhren und in ihrer hybridisierten Form erneut im anderen Land wahrgenommen und diskutiert wurden. Die gegenseitigen Feindbilder, angeheizt durch die kriegerischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts, haben Deutsche und Franzosen nicht davon abgehalten, sich – manchmal geradezu zwanghaft – mit dem Nachbarland auseinanderzusetzen.

Neben dem direkten bilateralen Austausch fanden deutsch-französische Begegnungen auf internationaler Ebene statt. In vielen Bereichen waren Kooperationen erforderlich, die internationale Absprachen und eine gemeinsame Verrechtlichung erforderten und nicht mehr allein im nationalstaatlichen Rahmen zu treffen waren. Zugleich waren zivilgesellschaftliche Akteure etwa im Bereich des Pazifismus oder der Frauenbewegung aktiv, die Wissenschaft vernetzte sich, im kulturellen Bereich zirkulierten Bilder, Theaterstücke, Lieder und Publikationen und im Sport traten Dorf-Mannschaften zum grenzüberschreitenden Fußballspiel an, oder gar Nationen zu internationalen Wettkämpfen wie den ersten Olympischen Spielen der Neuzeit 1896 in Athen. Geprägt von Austausch und Konkurrenz entstanden vielerlei Netzwerke, die gleichwohl in Bedeutung, Dichte und Stärke nicht konstant waren.

Doch nicht alle Entwicklungen, Prozesse und Begebenheiten lassen sich mit Verfeindung und Verflechtung erklären und nicht überall gab es Transfer. Dies betrifft Themenfelder wie die Institutionalisierung und Konsolidierung der beiden neu gegründeten Staaten – die Dritte Republik in Frankreich und das Kaiserreich in Deutschland – ebenso wie das Denken und Imaginieren der Nationalstaaten und ihrer politischen Staatsform. Die Gegenüberstellung konturiert die Spezifik der zeitgenössischen Herausforderungen und der jeweiligen Antworten. Wie schon in früheren vergleichenden Studien zeigt sich, dass die These vom deutschen „Sonderweg“ nicht zu halten ist, wonach die politische Rückständigkeit des autoritären Kaiserreichs bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Modernität für den Weg in Nationalsozialismus und Barbarei verantwortlich seien.

Dieses Buch ist als siebter Band der „Deutsch-Französischen Geschichte“ wesentlich durch die Vorgaben der Handbuchreihe geprägt: eine Überblicksdarstellung über die Epoche im ersten Teil, eine Vertiefung einzelner Themen und Forschungskontroversen im zweiten Teil. In mehrfacher Hinsicht bedeutet die Abfassung eines solchen Buches zwischen den beiden sehr unterschiedlichen deutschen und französischen Wissenschaftskulturen einen Spagat: Die stark ausdifferenzierten Historiografien müssen in Dialog gesetzt werden, wobei neben der deutschen und der französischen zugleich die anglo-amerikanische

Geschichtsschreibung zu berücksichtigen ist. Nicht alle Themen sind für beide Länder gleich gut und mit ähnlichen thematischen Schwerpunkten erforscht. Das gilt etwa für die Außenpolitik, den Pazifismus oder die nationalistische Frauenbewegung, sodass die Spiegelbildlichkeit nicht durchgehend gewährleistet ist. Die Asymmetrien werden kenntlich gemacht, werfen sie doch einen interessanten Blick auf unterschiedliche Forschungsthemen und -traditionen in beiden Ländern und geben über Forschungslücken Aufschluss.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, in der gebotenen Kürze synthetisierend eine transnationale Geschichte zweier Länder für einen sehr gut erforschten Zeitraum zu schreiben, in der trotz der Vielzahl der Quellen und Studien die Komplexität und Mehrdeutigkeit von Strukturen, Prozessen und Akteuren deutlich werden. Über einen mehrfachen Wechsel zwischen allgemeiner Perspektive und konkreten Beispielen, zwischen Makro- und Mikroebene wird dies eingelöst. Die Themenauswahl orientiert sich in erster Linie an den zuvor genannten Herausforderungen der Moderne. Sie erfolgt zugleich pragmatisch und nach persönlichen Interessen, wobei den Schwerpunkten der neueren Forschung der Vorzug gegeben wurde vor den Themen des klassischen deutsch-französischen Transfers in der Hochkultur. Trotz der relativen Breite der hier aufgegriffenen Themenfelder kann es angesichts der Differenzierung der Forschung in den letzten Jahrzehnten keinen Anspruch auf thematische Vollständigkeit, auf eine geschlossene Gesamtdarstellung oder gar auf eine *histoire totale* geben. Der Themenvielfalt ist bisweilen nur durch manche Vergröberungen gerecht zu werden. Über die zitierte und in der Bibliografie thematisch geordnete Literatur können sich Leserinnen und Leser vertiefend in einzelne Themen einarbeiten.

Anders als bei den Vorgängerbänden der Handbuchreihe sind die chronologischen und geografischen Begrenzungen des Bandes eindeutig: Während der Krieg 1870/71, der die Periode eröffnet, ein deutsch-französischer war, schließt mit dem Ersten Weltkrieg ein zunächst europäischer, dann weltumspannender Militärkonflikt den Zeitraum. 1870/71 und 1914/18 sind politische Daten, die sowohl für Deutschland und Frankreich gelten und eine gemeinsame deutsch-französische Erfahrung beschreiben. Sowohl 1870/71 als auch 1918 markieren politische, militärische und dynastische Zäsuren. Auch wenn die politische Geschichte hier nicht im Vordergrund steht, gibt es damit doch eine klare und für beide Länder gleichermaßen bedeutsame Periodisierung. Einzig das Schlussjahr zeigt eine leichte Asymmetrie, hat 1918 doch für die deutsche Geschichte mit dem Ende des Kaiserreichs einen größeren Stellenwert als für die französische Geschichte, in der der Kriegsbeginn 1914 als stärkerer Bruch gilt.

Völker- und staatsrechtlich existierte zum ersten Mal nicht nur Frankreich, sondern mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 auch Deutschland als klar identifizierter Untersuchungsgegenstand. Die „Deutsch-Französische Geschichte“ betrifft ab 1870/71 zwei völkerrechtliche Einheiten,

deren Grenzen bis 1918 stabil waren, obschon die deutsch-französische Grenze durch die Annexion des Elsass und erheblicher Teile der lothringischen Départements Mosel und Meurthe im Krieg 1870/71 regelmäßig Gegenstand von Auseinandersetzungen war. Dennoch geht es in diesem Band nicht darum, Deutschland und Frankreich vom Rest Europas und der Welt zu isolieren und als auf sich selbst bezogenes Paar zu betrachten. Manche Gegenstände können nicht rein bilateral dargestellt werden, fanden Transfers und Wandlungsprozesse doch ebenso regionalisiert, grenzübergreifend mit anderen Ländern sowie zugleich in einem europäischen, imperialen und globalen Kontext statt. Bei Themen wie Außenpolitik, Kolonialismus, Pazifismus und Erster Weltkrieg wird die deutsch-französische daher in eine multilaterale Perspektive geöffnet.

Die Begrenzung der Epoche durch zwei Kriege könnte suggerieren, dass hier eine Zwischenkriegszeit in den Blick genommen wird. Das ist aber eine Wahrnehmung *a posteriori*, die damaligen Entwicklungsmöglichkeiten waren offen. Mit dem Zeitraum ab 1871 beginnt ein historischer Prozess, der nicht zwangsläufig auf den Ersten Weltkrieg zulief. Dessen ungeachtet bleibt die Epoche wesentlich durch den Krieg 1870/71 geprägt, der als schwere Hypothek die deutsch-französischen Beziehungen belastete und innergesellschaftlich das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben prägte.

Eingerahmt von den Kapiteln „Deutsch-Französischer Krieg 1870/71“ und „Der Erste Weltkrieg 1914–1918“ ist der historische „Überblick“ in drei Hauptkapitel unterteilt, die die verschiedenen Arten der Beziehungen thematisieren und erst in zweiter Linie deren Inhalt. Im ersten Hauptkapitel „Herausforderungen und Ambitionen“ werden innen- und außenpolitische sowie wirtschaftliche Phänomene der Zeit für beide Länder in überkreuzter Perspektive beschrieben. Nach dem einleitenden Kapitel zur Konsolidierung der Nationalstaaten geht es um bilaterale deutsch-französische Beziehungen in den globalisierten Kontexten von Außenpolitik, Wirtschaft und Handel sowie um die „verlorenen Provinzen“ (*provinces perdues*): das nach der deutschen Annexion neu geschaffene Reichsland Elsass-Lothringen. Im zweiten Hauptkapitel „Protest und Dissens“ werden die komplexen Binnenkonflikte in Deutschland und Frankreich kontrastiert. Thematisiert werden innenpolitische Konflikte wie Kulturkampf und Laizität, Arbeiterbewegungen und nationalistische Bewegungen mit ihrer je spezifischen Systemopposition, Sozialpolitik, Antisemitismus und die Friedensbewegung. Auch bei diesen Binnenbeziehungen geht der Blick neben Gemeinsamkeiten und Unterschieden in der Entwicklung auf den bilateralen und transnationalen Austausch, der sich selbst bei Themen wie Antisemitismus und Nationalismus nachweisen lässt. Das dritte Hauptkapitel „Moderne Lebenswelten“ thematisiert globale gesellschaftliche und kulturelle Phänomene sowie deren Ausdrucksformen exemplarisch anhand von Urbanisierung, Presse und Medien, Massen- und Vergnügungskulturen sowie Kunst und Avantgarde. Weitere, für den deutsch-französischen Transfer zentrale Themen wie Wissen-

schaft, Musik und Literatur müssen weitgehend unberücksichtigt bleiben. Ihre Einbeziehung hätte aber am Narrativ der Gleichzeitigkeit von Faszination und Ablehnung, Rivalität und Austausch wenig geändert.

Der vertiefende Teil des Bandes verlagert die Blickrichtung von der Synthese zur Analyse und zu offenen Forschungsfragen. Er eröffnet mit einem Kapitel zu Elsass-Lothringen – als umstrittenes Grenzgebiet eine Kernregion deutsch-französischer Verfeindung und Verflechtung, in der beide Länder um Einfluss rangen. Dem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstandenen modernen Antisemitismus gilt ein weiteres Kapitel. Vergleichend werden mit dem „Berliner Antisemitismusstreit“ und der Dreyfusaffäre zwei stark mediatisierte Affären in den Blick genommen, die bei allen Unterschieden Aufschluss geben über das in beiden Ländern zu beobachtende Eindringen antisemitischen Gedankenguts in alle gesellschaftlichen Kreise. Das Kapitel zum Kolonialismus behandelt exemplarisch die Zirkulation von Wissen in Bezug auf zivilisatorische Diskurse, imperiale Machtausübung und koloniale Durchdringung der Gesellschaften. Mit einer Vertiefung zum totalen Krieg werden ein in der neueren Geschichtsschreibung verwendetes erkenntnisförderndes Modell und zugleich ein Phänomen analysiert, das beide Länder betraf, aber auch über sie hinausging. Es verbindet den Zeitraum 1870/71–1914/18 mit der weiteren Geschichte des 20. Jahrhunderts. Darin werden Kennzeichen totaler Kriege und deren Anwendbarkeit auf militärische Auseinandersetzungen wie den Deutsch-Französischen Krieg, Kolonialkriege und den Ersten Weltkrieg untersucht. Das Kapitel „Durchhalten im Krieg“ ist als historiografische Studie angelegt, die deutsche und französische Perspektiven auf den Ersten Weltkrieg kreuzt und miteinander in Beziehung setzt. In den Schlussbetrachtungen wird die *histoire croisée* unter Rückbindung an die einzelnen behandelten Themenfelder auf ihr besonderes Erkenntnispotential für die hier behandelte Epoche befragt.

I. Überblick



*Autorennen Paris-Berlin 1901. Einfahrt des Siegers
Henri Fournier in Berlin. Le Petit Journal, 14. Juli 1901,
© Bibliothèque nationale de France.*

1. Deutsch-Französischer Krieg 1870/71

Der Deutsch-Französische Krieg gilt heute als vergessener Krieg. Zu übermächtig ist die Flut der Publikationen über den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Dabei steht die enorme Bedeutung des Krieges 1870/71 für die damaligen Zeitgenossen außer Frage. Für das Verständnis der Epoche bis 1914 ist er grundlegend. Die aus dem Krieg resultierende dauerhafte Intensivierung des Nationalgefühls sowie die Verfeindlichung zwischen Deutschland und Frankreich waren dabei weniger ein Ergebnis der im Krieg gemachten Erfahrungen als das Resultat der zeitgenössischen medialen und der retrospektiven erinnerungspolitischen Interpretation des Krieges in beiden Ländern¹. Die jüngste Forschung zeigt diese Differenz zwischen dem subjektiven Erleben des Einzelnen und dem, was die nationalistisch aufgeheizte Publizistik veröffentlichte, ganz deutlich.

Im Sommer 1870 sahen sich beide Länder als Angegriffene, die in einem Konflikt um die Vormachtstellung in Europa ihre nationale Ehre verteidigten². Stein des Anstoßes war die von Bismarck forcierte Kandidatur des Hohenzollernprinzen Leopold auf den seit 1868 vakanten spanischen Thron. Aus französischer Sicht war es nicht hinnehmbar, dass ein, wenn auch entfernteres Mitglied des preußischen Herrscherhauses in Madrid regierte, beinhaltete diese Perspektive doch eine mögliche Einkreisung Frankreichs. Das Erstarken Preußens durch die militärischen Siege 1864 gegen Dänemark und 1866 gegen Österreich war in Frankreich mit äußerstem Missfallen registriert worden. Preußen hatte damit nicht nur die Vorherrschaft über den deutschsprachigen Raum erlangt, sondern auch die Machtverhältnisse auf dem Kontinent zu seinen Gunsten verändert. Hinzu kam, dass der Versuch einer diplomatischen Einmischung Frankreichs durch den preußischen Sieg 1866 bei Königgrätz (frz. Sadowa) gescheitert war, was dem Prestige Napoleons III. einen empfindlichen Dämpfer erteilt hatte. Bismarck, im Frühjahr 1870 innenpolitisch durch die bevorstehende Bewilligung des preußischen Militäretats unter Druck und dafür nach Entlastung suchend, handelte gemäß der Vorstellung, dass die angestrebte Einigung Deutschlands durch den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund nur durch einen Krieg mit Frankreich zu verwirklichen war.

1 DANIEL, KRUMEICH 2005 [1448], S. 10.

2 Grundlegend zum Krieg 1870/71: BENOISTEL, LE RAY-BURIMI, POMMIER 2017 [141]; MILZA 2009 [184]; BECKER 2003–2007 [2]; HOWARD ²2006 [162]; WETZEL 2005 [209]; WAWRO 2003 [207]; LEVILLAIN 1990 [178]; ROTH 1990 [191].

Bei der Inszenierung des Konflikts um die spanische Thronfolge konnte er mit dem Sadowa-Komplex³ Frankreichs rechnen und damit, dass Napoleon III. auf eine Provokation reagieren würde.

Obwohl Preußenkönig Wilhelm I. als Oberhaupt der Hohenzollern in Vertretung für den verreisten Prinzen auf französischen Druck hin auf die Kandidatur schließlich verzichtete, gab sich die französische Seite damit nicht zufrieden. Frankreich wollte einen deutlichen diplomatischen Sieg erlangen, von dem man sich innenpolitisch einen Prestigegewinn für das marode Regime versprach. Die französische Regierung verlangte daher trotz der erfolgten Absage der Thronkandidatur zusätzliche Garantien. Diese Nachricht überbrachte der französische Botschafter Benedetti dem preußischen König, der sich zur Kur in Bad Ems aufhielt, entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten auf der Emser Promenade. Wilhelm I. lehnte in diesem Gespräch weitere Garantien ab. Dies teilte Bismarck in der später berühmt gewordenen, von ihm bewusst auf einen beleidigenden Ton gekürzten und modifizierten „Emser Depesche“ der Presse mit. Deren Bedeutung wird in der Historiografie mittlerweile relativiert. Die Schwelle zum Krieg war bereits aufgrund der französischen Forderung nach Garantien und der Kriegsbefürwortung Bismarcks beim Abendessen mit Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke und Kriegsminister Albrecht von Roon überschritten. Für die zeitgenössische Wahrnehmung des Konflikts spielten die Ereignisse auf der Emser Promenade jedoch eine große Rolle: Sie verflochten die Ehrbeleidigungen beider Länder und machten einen rationalen Ausgleich unmöglich⁴. Am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg. In beiden Ländern wurde die Auseinandersetzung zum gerechten Verteidigungskrieg stilisiert.

Für die europäischen Regierungen und die europäische Öffentlichkeit stand fest, dass die französische Regierung für die Eskalation des Konfliktes verantwortlich war und Napoleon III. als der Schuldige für den Kriegsausbruch zu gelten hatte⁵. Obwohl er selbst, physisch durch Krankheiten geschwächt, den Krieg vermeiden wollte, drängte ihn doch sein Umfeld dazu. Neben Ministerpräsident Émile Ollivier und Außenminister Herzog de Gramont spielte seine Gattin Kaiserin Eugénie eine wichtige Rolle, wenngleich der ihr zugeschriebene Satz: „Dieser Krieg ist mein Krieg“, in dieser Form wohl nie gefallen ist⁶. Die Diskussion um Kriegsausbruch und Kriegsschuld gehörte viele Jahre zu den Hauptkontroversen in der Erforschung des Deutsch-Französischen Krieges wie auch später des Ersten Weltkrieges. In den endlosen Diskussionen und Polemiken von Zeitgenossen, Politikern und Historikern ging es zumeist um

3 KOLB 1970 [167], S. 96.

4 ASCHMANN 2013 [132].

5 BECKER 2001 [134], S. 19.

6 MILZA 2009 [184], S. 54.

Bismarcks Manöver und Provokationen sowie um die Motive und irrationalen Aspekte der französischen Kriegsentscheidung. Bismarck hat, wie wir heute wissen, die Affäre um die hohenzollernsche Thronkandidatur eigenhändig und geduldig inszeniert. Die Kriegsbereitschaft der führenden Militärs in beiden Ländern sowie die Risikopolitik der französischen Regierung taten ein Übriges, um es zum bewaffneten Konflikt kommen zu lassen⁷.

Öffentliche Meinung und Medien im Krieg

Lange Jahre hat sich sowohl in Deutschland als auch in Frankreich die Vorstellung gehalten, die eigene Nation sei jeweils geschlossen euphorisch und zuversichtlich in den als gerecht empfundenen Krieg gegen den Nachbarn gezogen. Dank regionaler Studien verfügen wir heute über ein differenzierteres Bild der öffentlichen Meinung⁸. In Frankreich wie in Deutschland war demnach die Einstellung von Öffentlichkeit und Presse bei Kriegsausbruch 1870 gleichermaßen komplex, ja diffus. Je nach regionaler Herkunft, politischer Meinung und persönlicher Situation unterschied sich die Einstellung zum Krieg deutlich. Für die Öffentlichkeit in beiden Ländern bedeutete der Kriegsausbruch zunächst vor allem Unsicherheit und materielle Verluste, Todes- oder Invaliditätsgefahr. Persönliche und wirtschaftliche Interessen, Sorgen um die Ernte oder den Arbeitsplatz standen dabei im Vordergrund. Die Vorstellung einer einheiligen nationalen Gemeinschaft ist in beiden Ländern ein Produkt der damaligen Presse sowie der Masse an Veröffentlichungen, die das Bild des Krieges während des Konflikts und vor allem im Nachhinein geprägt haben.

In Deutschland hing die Einstellung zum Krieg zugleich davon ab, ob man Befürworter oder Gegner einer kleindeutschen Lösung war. Die Träger des deutschen Nationalstaatsgedankens sahen im aufkommenden Krieg gegen einen äußeren Feind die lang ersehnte Chance auf eine Einigung Deutschlands⁹. Vor allem das liberale Bildungsbürgertum, Unternehmer, die sich materielle Gewinne versprachen, sowie Studenten feierten den Kriegsausbruch

7 Hauptvertreter der These der alleinigen Schuld Bismarcks ist BECKER, 2003–2007 [2]. Widerspruch zu dieser Einschätzung bei FENSKE 2003 [156] sowie bei WETZEL 2008 [210] und erneut Antwort von BECKER 2008 [138] sowie BECKER 2011 [139]. Zur Entwicklung der Forschung siehe auch DOERING-MANTEUFFEL 2010 [311], S. 100–107. Eine aktuelle Zusammenfassung auf Französisch bei BURGAUD 2010 [146].

8 Für Deutschland siehe METELING 2010 [183]; MEHRKENS 2008 [182]; SEYFERTH 2007 [196]; BUSCHMANN 2003 [147]. Für Frankreich: PARISOT 2013 [186]; BERGER 2011 [142]; CALVIGNAC 2010 [148]; FELLRATH, FELLRATH-BACART 2011 [154]; AUDOIN-ROUZEAU 1997 [369]; AUDOIN-ROUZEAU 1992 [369]; AUDOIN-ROUZEAU 1989 [133].

9 LEONHARD 2008 [701], S. 625–626.

1870. Teile der Demokraten, Sozialisten und Katholiken sprachen sich, sofern sie Gegner einer kleindeutschen Lösung waren, gegen den Krieg aus. Die deutschen Juden standen aufgrund ihres Wunsches nach Anerkennung und Integration unter Druck, sich deutlich zur Nation zu bekennen. Wie die französischen Juden betonten sie überwiegend ihren Patriotismus¹⁰. Die ungeklärte Bündnisfrage, die große Achtung vor der französischen Armee verbunden mit der Angst vor einer möglichen Invasion führten in den ersten Tagen des Krieges zu einer eher reservierten Stimmung vor allem in Süddeutschland, aber auch unter der städtischen Bevölkerung Norddeutschlands¹¹.

Genauso wenig kann für Frankreich von einer einhelligen Euphorie über den Krieg die Rede sein und es gehört ins Reich der Legenden, dass die öffentliche Meinung Napoleon III. in den Krieg gedrängt habe¹². In den Städten, vor allem in Paris, war die Begeisterung in der Regel größer als auf dem Land, teilweise war sie von Dorf zu Dorf verschieden. Frauen schienen generell zurückhaltender gewesen zu sein. Es war zunächst ein unerwarteter Krieg, den die französische Bevölkerung mit Emotion aufnahm und der anschließend als unvermeidlich, ja notwendig stilisiert wurde. Die Mehrheit der Bevölkerung in der französischen Provinz, vor allem im Osten an der Grenze zu Deutschland, war zu Beginn gegen den Krieg, akzeptierte ihn aber angesichts der als nationale Erniedrigung empfundenen Situation¹³. In diese Notwendigkeit fügte sich die Bevölkerung deshalb, weil man wie selbstverständlich davon ausging, dass der Krieg sich zu großen Teilen auf deutschem Territorium abspielen würde, galt doch die französische Armee als „beste Kampfmaschine der Welt“¹⁴. Presse und Publizistik in Frankreich spiegelten jedoch überwiegend die Vision einer Pariser Bevölkerung, die bei Kriegsausbruch zu großen Teilen gemeinsam mit den Militärs in euphorische Stimmung verfiel. In der französischen Hauptstadt gab es Jubel vor allem in den populären Milieus, die bis zu 20 000 Personen in großer Erregung auf die Straßen brachten. Es handelte sich dabei jedoch um eine deutliche – obgleich sehr sichtbare – Minderheit. Daneben gab es Demonstrationen gegen den Krieg, zumeist von radikalen Republikanern und Militanten der extremen Linken¹⁵. Ebenso zeigten sich Kaufleute und Monarchisten aus unterschiedlichen Gründen zurückhaltend. Die sehr viel niedrigere Anzahl an Freiwilligenmeldungen zur Armee in Frankreich ist nicht nur Ausdruck des unterschiedlichen Wehrsystems, sondern spricht auch dafür, dass die Zustim-

10 KRÜGER 2006 [170]. Vergleichend zu Frankreich und zu 1914: KRÜGER 2016 [172].

11 SEYFERTH 2007 [196], S. 28.

12 Zur öffentlichen Meinung siehe CARROLL 1965 [355], S. 25–35.

13 ROTH 1990 [191], S. 38–39; BECKER, AUDOIN-ROUZEAU 1995 [1522], S. 56.

14 WETZEL 2005 [209], S. 209.

15 LECAILLON 2012 [177], S. 15.

mung zum Krieg und zum Staat, in dessen Namen gekämpft werden sollte, geringer war als in Preußen¹⁶.

Für die Sinnstiftung des Krieges spielten die Medien entweder eigenständig oder durch die Regierungen manipuliert die entscheidende Rolle. Über Zeitungen, Nachrichten, Briefe, Grafiken und Bilder entstand eine medial vermittelte Kriegserfahrung aus zweiter Hand, die dafür sorgte, dass sich diejenigen, die den Krieg nicht selbst gesehen hatten, ein Bild davon machen und sich mit den Soldaten identifizieren konnten. In Deutschland schürte die nationalliberale, protestantische Presse bewusst die Begeisterung und legte damit schon zu Beginn der Auseinandersetzung den Grundstein für die überwiegend homogene Deutungskultur des Krieges¹⁷. In Frankreich fallen die zahlreichen Falschmeldungen und Gerüchte in der französischen Presse ins Auge, die vor allem im Sommer 1870 grandiose französische Siege vermerkte und für eine sichtbare Welle nationaler Erhebung sorgte. Doch auch hier gab es Ausnahmen und nicht alle Zeitschriften stimmten in das Kriegsgeschrei ein¹⁸.

Angestachelt durch die Berichterstattung kriegsbefürwortender Journalisten, durch Gerüchte und Spekulationen kam es in beiden Ländern zu einer regelrechten „Spionagephobie“, die in Frankreich parallel zu den ersten militärischen Niederlagen zunahm¹⁹. Überall im Land vermutete man preußische Spione, ein Wahn, der im Fall des Lynchmords eines jungen Adligen in Haute-Faye, das als „Dorf der Kannibalen“²⁰ bekannt wurde, weitaus dramatischere Ausmaße annahm als in Deutschland. Ebenso hatten die deutschen Einwanderer in Frankreich – allein in Paris waren es rund 60 000 – teilweise unter der einsetzenden Verfeindlichung zu leiden und wurden Opfer von verbalen und tätlichen Übergriffen. Dem Ausweisungsbefehl der französischen Regierung folgten dennoch nicht alle, verstanden sich doch viele der deutschen Einwanderer trotz fehlender Papiere eher als Franzosen²¹.

Im Verlauf des Krieges warfen die Publizisten beider Länder den Soldaten des jeweils anderen Landes ein wildes und unzivilisiertes Verhalten vor. Die deutschen Soldaten wurden als Barbaren hingestellt, das Bild des grausamen preußischen Eindringlings in vielen Abstufungen variiert²². Umgekehrt wurden die Freischärler (*francs-tireurs*) sowie die Turko- und Zuavensoldaten aus den französischen Kolonialarmeen als hemmungslose Wilde porträtiert. In der

16 WAWRO 2003 [207], S. 75, 79.

17 BECKER 2001 [134], S. 499.

18 WETZEL 2005 [209], S. 120.

19 Zu Frankreich siehe MILZA 2009 [184], S. 147–149; MEHRKENS 2005 [181], S. 173; TAITHE 2001 [201], S. 104–107. Zu Deutschland siehe SEYFERTH 2007 [196], S. 39–40; MEHRKENS 2005 [181], S. 173, 177.

20 CORBIN 1992 [153].

21 KÖNIG 2010 [169].

22 JEISMANN 1992 [76], S. 212.

deutschen Presse und Öffentlichkeit wurde ihnen eine geradezu exzessive Aufmerksamkeit geschenkt. Entscheidend bei der Ausprägung der Bilder und Meinungen war die Deutungsmacht der Presse. Die Feldpostbriefe der deutschen Soldaten konnten sich als Korrektiv nicht durchsetzen. Umgekehrt wurden die Soldaten in ihrer Wahrnehmung der Ereignisse ebenso durch die Presse beeinflusst.

Die Bildberichterstattung spielte ebenfalls eine wichtige Rolle, denn Maler und Grafiker „berichteten“ ebenso zeitnah und flächendeckend von den Kriegsschauplätzen. Mit nur geringer zeitlicher Verzögerung gelangten diese Bilder als weitere Massenmedien an die Öffentlichkeit und visualisierten den Krieg für alle²³. In Frankreich erlebte in der zweiten Kriegshälfte insbesondere die Karikatur eine neue Blüte. Ob schwarz-weiß oder koloriert: Tausende dieser Blätter von oftmals unbekannten Künstlern erreichten über ihre Symbolkraft selbst die analphabetische Bevölkerung²⁴.

Analogien in der Einstellung der Bevölkerung sowie bei der veröffentlichten Meinung zwischen beiden Ländern ergeben sich ebenso im Hinblick darauf, wie der Krieg durch die bisherigen Erfahrungen mit dem Nachbarn historisch gerechtfertigt wurde. Bilder des aggressiven und raublustigen „Erbfeinds“ Frankreich aus der Zeit der antinapoleonischen Kriege erlebten eine neue Blüte und prägten die Wahrnehmung des Krieges²⁵. Die antifranzösischen Vorstellungen aus der Zeit, die während der Rheinkrise 1840 aufgefrischt worden waren, saßen fest verankert im kulturellen Gedächtnis der Deutschen. Der Feldzug von 1870 wurde als Schluss der „unvollendeten Freiheitskriege“²⁶ stilisiert. Im Kampf gegen den gleichen Feind wie damals sollte die deutsche Einheit endlich vollendet werden. In Frankreich wurden neben Rückgriffen auf die siegreiche Zeit der napoleonischen *Grande Armée* vor allem auf dem Lande Erinnerungen an die brutale preußische Besatzung der Jahre 1814 und 1815 wieder lebendig²⁷. Es meldeten sich sogar Veteranen aus den napoleonischen Kriegen als Freiwillige, um erneut gegen die preußische Armee zu kämpfen.

In beiden Ländern gelang es nach Ausbruch des Krieges, Widerstände zu verwischen und Gegner verstummen zu lassen. Dabei kam den Regierungen der Umstand zu Hilfe, dass sie sich jeweils im Recht sahen und dies lautstark verkündeten. Auf diese Weise gelang es bereits 1870, eine *union sacrée* bzw. einen „Burgfrieden“ *avant la lettre* hervorzurufen, dank derer sich selbst Teile der lin-

23 KOCH 2011 [166]; BECKER 2009 [136]; BECKER 2006 [135]. Zur internationalen illustrierten Presse siehe MARTIN 2006 [180].

24 MEHRKENS 2005 [181], S. 246.

25 LEONHARD 2008 [701], S. 623–626; JEISMANN 1992 [76], S. 249, 265; FENSKE 1990 [155], S. 167, 174, 186.

26 FENSKE 1990 [155], S. 174.

27 AUDOIN-ROUZEAU 1997 [1520], S. 399–403; AUDOIN-ROUZEAU 1989 [133], S. 25.

ken Parteien hinter die Kriegspolitik der eigenen Führung stellten²⁸. Obwohl August Bebel und Wilhelm Liebknecht nicht für die Kriegskredite stimmten, hielt die politische Zustimmung zum Krieg in der deutschen Sozialdemokratie bis zum Sturz des französischen Empire an. Anschließend sahen die Sozialisten einen Verteidigungskrieg als nicht mehr gegeben an und kritisierten Krieg und Annexionsforderungen. Unter den französischen Politikern warnte beispielsweise Adolphe Thiers vor einem Krieg. Es ist auffallend, wie stark sich die Kriegseintritte von Frankreich 1870 und gut 40 Jahre später 1914 gegen den gleichen Feind ähnelten²⁹.

Kriegserfahrungen von Soldaten und Zivilisten

Seit einigen Jahren sind Kriegserfahrungen von Soldaten und Zivilisten, auch gegliedert nach Konfession, in den Mittelpunkt des Interesses einer neuen Militärgeschichte gerückt. In diesem Zusammenhang wird die Diskussion geführt, inwiefern schon der Deutsch-Französische Krieg ein „totaler Krieg“ war und darin als Vorläufer für die beiden Weltkriege gesehen werden kann³⁰. Während der erste Teil des Krieges bis zur Niederlage des Empire und der Gefangennahme Napoleons III. bei Sedan als weitgehend klassischer Kabinettskrieg gelten kann, obschon er als nationaler Krieg deklariert wurde, zeigten sich im zweiten Teil nach Ausrufung der Republik am 4. September 1870 Züge eines nationalen Volkskriegs. Einer Kapitulation, die aufgrund der preußisch-deutschen Forderungen nur unter Abtretung französischer Gebiete zu haben war, wollte man in Frankreich nicht zustimmen. So hatte Napoleon III. auf den Schlachtfeldern von Sedan als symbolische Geste der Kapitulation nur sein eigenes, nicht aber das Schwert Frankreichs überreicht³¹. Die Fortsetzung des Krieges durch die Regierung der nationalen Verteidigung der Republik als Nationalkrieg war gleichzeitig ein ideologischer Krieg gegen die Monarchie und das Beharren darauf, dass die Niederlage von Sedan das Ende des Bonapartismus bedeutete. Die provisorische Regierung unter ihrem Innenminister Léon Gambetta ordnete die *levée en masse* an, die Massenmobilisierung zur nationalen Verteidigung. Die deutschen Soldaten sahen sich statt den kaiserlichen Truppen in der Folge bewaff-

28 POIDEVIN, BARIETY 1982 [79], S. 167.

29 BECKER, AUDOIN-ROUZEAU 1995 [1522], S. 67; AUDOIN-ROUZEAU 1997 [1520], S. 399–403. Beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs tauchten die Analogien und Verweise auf die Befreiungskriege erneut auf, und so war der August 1914 teilweise eine Neuinszenierung des Juli 1870, vgl. BECKER 2001 [134], S. 509.

30 Zur vertiefenden Diskussion siehe das Kapitel II.4 „Auf dem Weg zum totalen Krieg?“

31 STELLER 2011 [332], S. 33; FERMER 2008 [157], S. 178.

neten Volksarmeen gegenüber. In beiden Ländern wurde intensiv über das bessere Wehrsystem diskutiert, eine Debatte, die nach dem Krieg anhielt³².

Die teilweise Entgrenzung des Krieges zur *lutte à outrance*, zum Kampf bis zum Äußersten, zeigte sich in den vereinzelten Überfällen durch französische Freischärler sowie in den Vergeltungsmaßnahmen und der härteren Behandlung der französischen Zivilbevölkerung durch die deutschen Truppen. In Deutschland machten Gerüchte von grausamen Attacken auf Angehörige der deutschen Armeen die Runde. Umgekehrt breiteten sich in Frankreich Gerüchte über das brutale Vorgehen der deutschen Soldaten gegen die französische Zivilbevölkerung aus. Während für die einen der französische Freischärler zum Sinnbild eines brutalen und verbrecherischen Vorgehens wurde, avancierte für die anderen der preußische Ulan zum Inbegriff des tierhaften und übelriechenden Barbaren. Zwischen den Soldaten selbst war die Kommunikation jedoch stärker von beruflichen Zuschreibungen geprägt als von nationalfeindlichem Vokabular. Eine Ausnahme stellten hier die farbigen Soldaten in der französischen Armee dar, die von deutscher Seite als Menschen zweiter Klasse angesehen wurden. Vielfach überliefert sind daneben freundschaftliche Interaktionen zwischen Deutschen und Franzosen während des Krieges. So führte man einen überwiegend gehegten Krieg, der medial jedoch zu einem entgrenzten Volkskrieg übersteigert wurde³³.

Von den Zeitgenossen wurde der Deutsch-Französische Krieg aufgrund der Tausenden von Toten und Verletzten als beispiellos angesehen³⁴. Besonders hoch waren auf beiden Seiten die Verluste bei den Offizieren. In der Schlacht bei Saint-Privat, der tödlichsten des Krieges, beliefen sich die Verluste auf über 20 000 deutsche und über 12 000 französische Soldaten. Das Gemetzel der Schlacht von Gravelotte blieb im französischen Gedächtnis in der sprichwörtlich gewordenen Aussage „fallen wie in Gravelotte“ (*tomber comme à Gravelotte*) haften, während Bismarck den Ort als „Grab der preußischen königlichen Garde“ bezeichnete. Die Belagerung der Festung Metz, die in einem Blutbad und mit der Kapitulation von General Bazaine und 150 000 französischen Kriegsgefangenen endete, ist über viele Jahre in der kollektiven Erinnerung der Deutschen und Franzosen geblieben³⁵. Ebenso groß war der emotionale Aufruhr, als Straßburg zunächst beschossen und dann von den preußischen Truppen eingenommen wurde. Die Bombardierung der Stadt ließ nahezu jedes wichtige Gebäude in Flammen aufgehen³⁶. Ab Mitte September 1870 begann die

32 BECKER 2013 [137]; LEONHARD 2008 [701], S. 560–562; BECKER 2001 [134].

33 Siehe vertiefend dazu das Kapitel II.4 „Auf dem Weg zum totalen Krieg?“.

34 KRÜGER 2011 [171], S. 406.

35 TISON 2011 [202], S. 67; STEINBACH 2002 [198], S. 125. Zu den Kriegsgefangenen siehe MEHRKENS 2008 [182], S. 156–171; BENDICK 2003 [140]; BOTZENHART 1997 [144], 1994 [143]; ROTH 1990 [191], S. 418–433.

36 CHRASTIL 2014 [151]; PIJAUDIER-CABOT 2010 [187].

Belagerung von Paris, die bis zur Kapitulation am 28. Januar 1871 andauerte. Die Pariser Bevölkerung erlebte einen eiskalten Winter, der Hunger, Krankheiten und Tod zusätzlich förderte. Hinzu kam die Angst vor einer Beschießung der Hauptstadt, die Frankreichs größte Festung war, sowie Gerüchte über französische Niederlagen³⁷.

Das Kriegsende: Sieg, Niederlage und Bürgerkrieg

Der Krieg 1870/71 blieb auf Deutschland und Frankreich lokalisiert und aus dem Krieg in der Mitte Europas wurde kein europäischer Krieg³⁸. Trotz des französischen Werbens um Unterstützung verhielten sich die übrigen europäischen Länder neutral. Da der Krieg von beiden Seiten zur Verteidigung der nationalen Ehre geführt wurde, musste sein Ausgang zwangsläufig für die unterlegene Nation demütigend sein. Zu den harten Reparationsforderungen an das unterlegene Frankreich kamen symbolische Verletzungen, die weit über den Kriegsschluss hinauswirken sollten: die Proklamation des Kaiserreichs am 18. Januar 1871 in Versailles und der Einmarsch deutscher Truppen in Paris am 1. März 1871, die vielleicht „bitterste Pille“³⁹ der deutschen Forderungen für den Waffenstillstand. Mit dem Spiegelsaal im Schloss von Versailles als Ort für die Gründung des Kaiserreichs fiel die Wahl auf einen zentralen Ort des französischen Geschichtsbewusstseins. In der deutschen Presse war die Genugtuung über diese Wahl nicht zu überhören. Die Reaktion der deutschen Bevölkerung war je nach politischer Einstellung unterschiedlich. Insgesamt war sie jedoch zurückhaltender als bei der Kapitulation von Paris wenige Tage später, die das lang ersehnte Ende des Krieges bedeutete⁴⁰. Von französischer Seite wurde die Kaiserproklamation in Versailles als symbolische Aggression aufgefasst, als „eine Art politischer Vergewaltigung des nationalen Kulturguts“⁴¹. Doch als solche war sie, wie wir heute wissen, gar nicht geplant, da die Entscheidung vor allem logistischen Erwägungen geschuldet war: Der Spiegelsaal, der im Übrigen als Lazarett diente, war der größte verfügbare Saal in Versailles⁴². Symbolisch hatte diese Wahl und die damit verknüpfte Erniedrigungsempfindung dennoch

37 MILZA 2009 [306], S. 280. Zum besetzten Paris siehe FERMER 2011 [158]; CLAYSON 2002 [152]; LECAILLON 2005 [176]; TOMBS 1997 [203].

38 LANGEWIESCHE, BUSCHMANN 2007 [1469], S. 165.

39 SHOWALTER 2004 [197], S. 339. Siehe auch LECAILLON 2012 [177], S. 28; KOLB 1989 [168], S. 361.

40 FENSKE 1990 [155], S. 208–209; SEYFERTH 2007 [196], S. 66–67.

41 BARIETY 1995 [312], S. 204.

42 SCHULZE 2001 [195]. Vgl. den Artikel in den französischen „Lieux de mémoire“, der die „cérémonie profanatrice“ 1871 zwar nur streift, aber als absichtsvolle Rache für die im Spiegelsaal dargestellte Zerstörung der Pfalz interpretiert, HIMMELFARB 1986 [160], S. 278, 281.

weitreichende Folgen, denn am gleichen Ort sollte Deutschland nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg 1919 die harten Friedensbedingungen des Versailler Vertrages unterzeichnen⁴³.

Die Friedensverhandlungen zwischen beiden Ländern wurden durch den Ausbruch der Revolution in Paris am 18. März 1871 erschwert⁴⁴. Ausgelöst durch das Trauma der Kriegsniederlage, die sie nicht akzeptieren wollten, erhoben sich Tagelöhner, Arbeiter, Handwerker, Kaufleute und Selbstständige gegen die provisorische Regierung von Adolphe Thiers, in der sie Königstreue und Kriegsversager am Werk sahen⁴⁵. Der revolutionäre Pariser Stadtrat wollte die eigene Stadt selbstständig verwalten und die monarchistische und klerikale Welt genauso hinter sich lassen wie Militarismus, Ausbeutung sowie bürgerliche und adelige Privilegien. Die Kommune erließ Mietschulden, stoppte Zwangsversteigerungen, übergab verlassene Fabriken und Betriebe zur kollektiven Verwaltung durch kooperative Assoziationen an die Arbeiter und setzte darüber ein sozialreformerisches Werk in Gang. Die deutschen Truppen sahen als Belagerer der 72 Tage dauernden Auseinandersetzung zwischen Kommunarden und Versailler Regierung zu. Der Aufstand in Paris schwächte die Position der französischen Regierung in Versailles bei den Friedensverhandlungen. Außenminister Jules Favre unterzeichnete in Frankfurt am 10. Mai 1871 ein Friedensabkommen, das durch ein Geheimabkommen ergänzt wurde. Darin war eine Blockade von Paris durch die preußische Armee vorgesehen, die nur die Versailler Regierungstruppen durch die eigenen Linien nach Paris hineinlassen sollten. Das Zusammengehen der beiden offiziell verfeindeten Staaten zur Niederschlagung der Kommune ist bemerkenswert. Die französische Regierung ließ sich vom Kriegsgegner innenpolitisch helfen, ein Umstand, zu dem sich Adolphe Thiers aus Furcht vor der öffentlichen Meinung nicht bekennen wollte. Die besondere Situation des eingekapselten Bürgerkriegs nach dem verlorenen staatlichen Krieg war einer der Gründe für die Gewaltexzesse, mit denen der Aufstand der Pariser Kommune in der „blutigen Woche“ (*semaine sanglante*) Ende Mai 1870 von den Versailler Regierungstruppen unterdrückt wurde⁴⁶. Gemeinsam mit einem Teil der Pariser Bevölkerung standen deutsche Einwanderer auf den Barrikaden, um die Kommune gegen die Regierungstruppen zu verteidigen. Zumeist waren die deutschen Kommunarden sehr gut integriert und hatten zuvor in der Nationalgarde oder der Fremdenlegion gedient⁴⁷. In mehreren deutschen Städten kam es zu solidarischen Demonstrationen mit der Pariser Kommune⁴⁸.

43 BEAUPRÉ 2009 [70], S. 50–56.

44 Zur Kommune von Paris siehe MILZA 2009 [185]; LE QUILLÉC 2006 [175]; ROUGE-RIE² 2004 [194]; TOMBS 1999 [204].

45 LECAILLON 2012 [177], S. 43–44.

46 Ebd., S. 49, 55.

47 KÖNIG 2010 [169].

48 Siehe das Kapitel I.3 „Arbeiterbewegungen und Sozialpolitik“.

Im Frankfurter Frieden forderte Deutschland von Frankreich mit der Zahlung von 5 Milliarden Francs eine damals exorbitant hohe Summe⁴⁹. Doch waren die Besetzung eines Viertels seiner Departements durch deutsche Truppen und vor allem der Verlust von Territorium im Zeitalter der Nationalstaaten ungleich schwerer zu ertragen. Die Forderung nach Gebietsabtretung wurde von der französischen Öffentlichkeit als barbarisch wahrgenommen. Darüber geriet in Vergessenheit, dass es umgekehrt Pläne für die Annexion der linksrheinischen deutschen Gebiete im Falle eines französischen Sieges gegeben hatte: Der französische Innenminister hatte im Sommer 1870 in Erwartung des Sieges über Deutschland 150 Bewerbungen von Kandidaten für den zukünftigen Posten des Präfekten von Mainz erhalten⁵⁰. Im Kaiserreich trat der überwiegende Teil der Bevölkerung und vor allem die Presse und ihre Kommentatoren – entweder kulturell oder geostrategisch argumentierend – für die Annexion Elsass und Lothringens ein. Doch es herrschte keineswegs bedingungslose Begeisterung⁵¹. Vor allem die sozialistische Presse kritisierte die harten Friedensbedingungen. Einige Unternehmer sprachen sich aus wirtschaftlichen Gründen gegen die Annexion aus, befürchteten sie doch die Konkurrenz der elsässischen und lothringischen Betriebe. Die Debatte wurde unter Intellektuellen ebenso emotional und mit großer Vehemenz geführt. Der öffentliche Briefwechsel zwischen Ernest Renan und David Friedrich Strauß während des Krieges ist dafür ein sprechendes Beispiel, führte die Meinungsverschiedenheit doch schließlich zum Bruch zwischen beiden⁵².

Für Frankreich kam die überraschende Niederlage, die das Selbstbewusstsein der bis dahin erfolgreichen französischen Armee stark ankratzte, einer nationalen Demütigung mit Langzeitwirkung gleich. Sie setzte sich als tiefes Trauma im nationalen Gedächtnis fest und löste eine Identitätskrise aus, die das französische Selbstbild sowie Platz und Zukunft der Nation in Europa und in der Welt betrafen. Ein komplexer Prozess der Sinngebung setzte ein, durch den zum einen das doppelte Trauma von Niederlage und Bürgerkrieg überwunden werden sollte, zum anderen die republikanische Idee fest in der französischen Gesellschaft zu verankern war. Die Schwierigkeit bestand darin, gleichzeitig am Gefühl der moralischen, kulturellen und zivilisatorischen Überlegenheit festzuhalten und dennoch am Beispiel des überlegenen Gegners aus den eigenen Fehlern zu lernen⁵³.

49 ROTH 1990 [191], S. 473.

50 GUIOMAR 2004 [1459], S. 256.

51 Vgl. SEYFERTH 2007 [196], S. 57–58, 69–70; BUSCHMANN 2003 [304], S. 329–335; FENSKE 1990 [155], S. 199, 201; POIDEVIN 1990 [188]; KOCH 1978 [164], S. 306–323; BRONNER 1970 [416].

52 STRAUSS 1915 [27]. Siehe dazu das Kapitel II.1 „Elsass-Lothringen zwischen Deutschland und Frankreich“.

53 TISON 2011 [202]; SCHIVELBUSCH 2003 [1472], S. 201; BECKER, AUDOIN-ROUZEAU 1995 [1522], S. 70.

In Deutschland wurde dem militärischen Sieg über Frankreich langfristig eine fast sakrale Bedeutung beigemessen. Kein Ereignis hat die öffentlichen Emotionen der Deutschen und zugleich das kollektive Gedächtnis im 19. Jahrhundert stärker bewegt als die Reichsgründung im siegreichen Krieg gegen Frankreich. Als dritter und letzter der im Nachhinein zu einer Einheit stilisierten „Einigungskriege“ diente der Krieg von 1870/71 über seine mediale Aufbereitung sowie seine Sieges- und Gedenkfeiern als ideologisches Bindemittel für die Einheit der jungen Nation. Der Krieg versinnbildlichte zugleich den Aufstieg Deutschlands zur europäischen Großmacht und die veränderten Mächteverhältnisse auf dem Kontinent. Die Konzepte von Nationalstaat und Krieg waren nach 1871 im Kaiserreich unauflöslich verbunden. Das hohe Ansehen der Militärs und alles Militärischen, das sich in den zahlreichen Schützen-, Turn- und Kriegervereinen sowie in der Verherrlichung Helmuth von Moltkes und im Nimbus des bürgerlichen Reserveoffiziers zeigte, hat hierin seinen Ursprung und sollte die politische Kultur des Kaiserreichs nachhaltig prägen⁵⁴. Ganz ähnlich stand die Dritte Republik, die aus der militärischen Niederlage und dem Bürgerkrieg hervorging, unter einem militärischen und patriotischen Stern, der bis zum Ersten Weltkrieg ein Charakteristikum der Republik blieb⁵⁵.

54 PUSCHNER 2016 [189]; WETTE 2008 [1510], S. 45–47, 60–64; VOGEL 1997 [708]; JEISMANN 1992 [76].

55 HOUTÉ 2014 [124], S. 10; ROUSSELLIER 2013 [300], S. 16; CANDAR 2013 [272], S. 65.

2. Herausforderungen und Ambitionen

Republik und Monarchie denken und gestalten

Das Deutsche Kaiserreich und die Dritte Republik in Frankreich standen nach 1870/71 vor der Herausforderung, den neu entstandenen Staat bzw. das neue Regime im Inneren aufzubauen und zu festigen. Denn mit der Proklamation der Dritten Republik am 4. September 1870 war ihre Etablierung und Konsolidierung genauso wenig abgeschlossen wie der deutsche Einigungsprozess nach der formalen Gründung des Kaiserreichs am 18. Januar 1871 in Versailles. Beide Länder traten in einen dauerhaften und vielschichtigen Prozess der Nationalstaatsbildung und der nationalen Integration: Neben der Aushandlung der jeweiligen politischen Ordnung standen die Festigung eines nationalen Gemeinschaftsbewusstseins und die Loyalitätssicherung der Bevölkerung im Mittelpunkt der Bemühungen. Dies sollte über vereinheitlichte wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Ordnungen bewirkt werden. Schule und Militärdienst waren wichtige Erziehungsinstanzen, die fast alle Schichten und im Fall der Schulpflicht auch die weiblichen Bevölkerungen erreichten. Symbole, Festtage und eine offizielle Geschichte sollten die eigene Vorstellung von Nation und Nationalstaat gegenüber konkurrierenden Entwürfen festigen.

Für das Deutsche Kaiserreich lag eine große Herausforderung beim Prozess der Nationsbildung im Zusammenwachsen der deutschen Einzelstaaten, die nur wenige Jahre zuvor noch Krieg gegeneinander geführt hatten¹. Ein Großteil der Bevölkerung zeigte sich gegenüber dem neuen Reich eher gleichgültig und nicht alle waren mit der preußisch dominierten Lösung zufrieden. Während Nationalliberale, Protestanten und Teile der Konservativen in Preußen, den norddeutschen Ländern und Sachsen die Einheit begrüßten, herrschte überall dort Enttäuschung, wo man sich eine „großdeutsche Lösung“ unter Einschluss Österreichs erhofft hatte, etwa bei den süddeutschen Liberalen, bei süddeutschen und sächsischen Demokraten, sowie mit regionalen Unterschieden bei Teilen der Katholiken². Enttäuscht waren besonders Anhänger der freiheitlichen Nationalbewegung sowie die sozialistischen Arbeiterbewegungen, die

1 Forschungsüberblick über die verschiedenen Aspekte der „inneren Reichseinigung“ bei FRIE²2013 [91], S. 31–43.

2 ALTHAMMER²2017 [83], S. 31–32; SIEMANN 2006 [256], S. 125; ULLMANN²2005 [258], S. 1–2.

ihre Hoffnungen auf eine demokratische Verfassung und auf Volkssouveränität gesetzt hatten, und sich stattdessen in einer konstitutionellen Monarchie mit begrenzten politischen Partizipationsmöglichkeiten wiederfanden. Das Kaiserreich stand darüber hinaus vor der Frage, wie mit den polnischen, dänischen und französischen Minderheiten der Grenzregionen umzugehen war. Reichskanzler Otto von Bismarck erklärte die ihm missliebigen Gruppen wie nationale Minderheiten, Sozialisten und Katholiken zu „Reichsfeinden“. Karrieren in der kaiserlichen Regierung, in Verwaltung und Armee waren für Sozialisten, Linksliberale, Katholiken und Juden gleichermaßen ausgeschlossen. Darüber hinaus bestimmten wirtschaftliche Spannungen den politischen und sozialen Alltag im Reich, dessen Gesellschaft von starken sozialen Klassenunterschieden gezeichnet war³.

Als Reichskanzler prägte Otto von Bismarck vor allem in den Anfangsjahren das politische System und die politische Kultur des Kaiserreiches. Sein Gestaltungsspielraum war jedoch letztlich begrenzt, denn wirtschaftliche und soziale Entwicklungen lagen außerhalb seines Einflussbereichs⁴. Dies gilt etwa für die „konservative Wende“ von 1878/79, mit der die liberale Ära zu Ende ging. Die Bedeutung dieser von der Forschung früher als „Zweite Reichsgründung“ bezeichneten Wende wird heute relativiert, obschon sie nicht folgenlos blieb: Im Anschluss kam es zur dauerhaften Spaltung der Nationalliberalen und zu einer konservativen Ausrichtung der Innenpolitik. Die nicht zuletzt aus Bismarcks Exklusionspolitik resultierende Zerklüftung der deutschen Gesellschaft hielt trotz eines Rückgangs der Spannungen nach seiner Entlassung im März 1890 bis in den Ersten Weltkrieg hinein an⁵. So war das Misstrauen gegenüber Elsass-Lothringern, Sozialdemokraten und Juden im Ersten Weltkrieg selbst im „Burgfrieden“ weiterhin virulent.

Die Integration der Deutschen erfolgte nicht nur auf der Basis kultureller Werte wie gemeinsamer Sprache und Geschichte, die das Nationalgefühl über weite Strecken des 19. Jahrhunderts geprägt haben. Mit dem Fortschreiten beim Erlass von Reichsgesetzen und Rechtsordnungen sowie mit dem Aufbau einer eigenständigen Reichsverwaltung und der Vereinheitlichung von Münzen, Maßen und Gewichten nahmen die unitarischen Tendenzen im Kaiserreich weiter zu⁶. Die Schaffung eines nationalen Rechts- und Wirtschaftsraums mit weitreichenden und im internationalen Vergleich modernen Reformen war ein langsamer Prozess, der sich beispielsweise bei der Einigung auf ein national verbindliches Zivilrecht, dem zu großen Teilen bis heute gültigen Bürgerlichen

3 BERGHAHN ¹⁰2003 [85], S. 195.

4 Siehe dazu NONN 2015 [106], S. 208, 243–261; sowie zusammenfassend FRIE ²2013 [91], S. 35–37. Einen Überblick zu den Forschungskontroversen um Bismarck und das Kaiserreich bei MÜLLER, TORP 2009 [302]; ULLMANN ²2005 [258], S. 62–69.

5 WINKLER 2000 [111], S. 262; NIPPERDEY 1990 [Bd. 1], S. 414–427.

6 ULLMANN ²2005 [258], S. 10.

Gesetzbuch, bis 1900 hinzog. Der gemeinsame Rechts- und Wirtschaftsraum war die Voraussetzung für die ab den 1890er-Jahren einsetzende Hochindustrialisierung, die neben der Schwerindustrie neue rapide expandierende Branchen wie Chemie und Elektrotechnik hervorbrachte. Er trug darüber hinaus gemeinsam mit dem Ausbau des Eisenbahn- und Postnetzes sowie der Freizügigkeit zwischen den deutschen Ländern maßgeblich zum Aufbau eines gemeinsamen Nationalverständnisses im Alltag bei⁷. So mussten Reisende in Deutschland noch 1874 die Eisenbahnzeit inklusive ihrer voraussichtlichen Ankunftszeit mühsam auf der Basis verschiedener großstädtischer, amtlich überwachter Ortszeiten selbst errechnen. Erst 1893 wurde eine einheitliche amtliche Normalzeit eingeführt, gefördert durch die zeitlich vorgelagerte internationale Standardisierung⁸. Trotz dieser Vereinheitlichungen bestand eine große regionale wie lokale politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt im Kaiserreich⁹.

In Frankreich waren in der Folge der Niederlage im Krieg gegen Deutschland und der blutigen Niederschlagung der Kommune im Mai 1871 zahlreiche ideologische und soziale Gegensätze aufgebrochen. Durch den Regimewechsel von der Monarchie zur Republik war der politische Bruch größer als im Kaiserreich, obgleich es in Verwaltung, Wirtschaft und bei soziokulturellen Praktiken wie Wahlen oder öffentlichen Feiern Kontinuitäten zwischen Second Empire und Dritter Republik gab¹⁰. Neben den Auseinandersetzungen zwischen Republikanern und Monarchisten verschiedener Couleur um die „richtige“ Staatsform war das politische Leben der Dritten Republik geprägt durch die Haltung zum Katholizismus, der von verschiedenen Seiten instrumentalisiert wurde. Die Vorstellung der *deux France*, eines zweigeteilten Frankreichs, beherrschte die Diskussionen. Demnach standen sich ein republikanisches, fortschrittliches und laizistisches Frankreich und ein konservatives, monarchistisches und klerikales Frankreich gegenüber, wobei eine große Bandbreite an Einstellungen zwischen diesen beiden Polen herrschte¹¹. Die Herausforderung für die Republikaner bestand darin, das Trauma der Spaltung nach verlorenem Krieg und Bürgerkrieg zu überwinden und die *deux France* miteinander auszusöhnen. Es galt, die Republik als Staatsform zu festigen und neue Eliten in Politik, Bildung, Verwaltung und Justiz zu etablieren, die für ein republikanisches, antiklerikales und patriotisches Frankreich eintraten. Im Rahmen der Republikanisierung und Säkularisierung wurden Hunderte von klerikal oder monarchistisch ein-

7 Zur Integration durch Eisenbahn, Post, Migration und Verwaltung siehe WEICHLEIN 2004 [733].

8 OSTERHAMMEL 2009 [80], S. 119, 120.

9 CHICKERING 2011 [238], S. 68–69.

10 HAZAREESINGH 2013 [279], S. 246–248; HAZAREESINGH 1998 [278]; NORD ²1998 [287].

11 Vgl. z. B. HOUTE 2014 [124]; FONTAINE, MONIER, PROCHASSON 2013 [130]; DUCLERT 2010 [118].

gestellten Beamten entlassen und Magistrate suspendiert. Insbesondere im Bereich der Verwaltung kam es zu weitreichenden und konflikthafter Säuberungen, die selbst 1914 noch nicht beendet waren¹².

Die republikanischen Ideen und Werte sollten über Parlamentswahlen, die 1882 eingeführte staatsweite Schulpflicht mit kostenlosem Unterricht für Mädchen und Jungen, Symbole der Republik, eine gemeinsame Nationalsprache in der Nachfolge regionaler Dialekte sowie über republikanische Reden und Praktiken bis in die ländlichen Gegenden getragen werden¹³. Eine zentrale Rolle bei der Integration spielte darüber hinaus der Militärdienst, der in Frankreich 1872 mit Blick auf die Regelungen in Preußen verpflichtend eingeführt wurde, mit einer bis 1905 gültigen Ausnahme für bestimmte Berufsgruppen wie Lehrer, Ärzte und Rechtsanwälte¹⁴. Die Armee galt als zentrale Stütze für die neue demokratische Ordnung: Sie sollte die Einheit und die Grandeur der Nation garantieren und das Vaterland vor Invasionen schützen¹⁵. Internationales Prestige hofften die französischen Regierungen durch die Kolonialpolitik zu erlangen.

Wie im Deutschen Kaiserreich erfolgte eine nationale Integration über die Kommunikationsrevolution mit der Entstehung der Massenmedien, für die die Alphabetisierung durch die Schulpflicht die allgemeine Voraussetzung schuf. Über Wirtschaftsbeziehungen, Arbeitsmigration und Abwanderung in die Städte zirkulierten Menschen, Ideen und Güter und wurden ländliche Gebiete mit den Metropolen und deren Kulturen vernetzt. Der *plan Freycinet* sorgte ab 1879 für eine enge Anbindung der Regionen über den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Mit der Erschließung neuer Eisenbahnstrecken, dem Bau neuer Kanäle, Hafenbecken und Brücken sowie dem Ausbau und der Befestigung von Straßen sollten die nicht industrialisierten Gegenden an das Verkehrsnetz angeschlossen werden¹⁶. Eine Herausforderung stellten die zu Beginn der 1880er-Jahre einsetzende Wirtschaftskrise und die daraus resultierende Verschlechterung des sozialen Klimas in der Bevölkerung dar, in deren Folge populäre Protestbewegungen wie der Boulangismus Auftrieb erhielten. Ähnlich wie im Deutschen Kaiserreich, obgleich weniger emotional aufgeladen, bildeten die nationale und regionale Ebene – in Frankreich mit *grande patrie* und *petite patrie* treffend bezeichnet – keinen Gegensatz im Identitätsbezug und keine hierarchische Beziehung, sondern bedingten und stützten sich gegenseitig¹⁷. Überdies wurde die regionale

12 ROUSSELLIER 2003 [299], S. 340–345; CHARLE 1987 [116].

13 FONTAINE, MONIER, PROCHASSON 2013 [130], S. 8.

14 CHANET 2006 [1524]; ROYNETTE ²2017 [1531]. Zum deutschen Einfluss siehe MITCHELL 1984 [525]. Zu Studienreisen französischer Militärs nach Deutschland siehe BARBEY-SAY 1994 [1138], S. 183–196.

15 COSSON 2013 [336], S. 114; CHANET 2006 [1524], S. 21, 27, 37, 102–103, 288–291.

16 HOUTÉ 2014 [124], S. 94–97; BERSTEIN 2003 [268], S. 278. Zur deutsch-französischen Rivalität im Eisenbahnbau siehe MITCHELL 2000 [384].

17 RIEDERER 2005 [471], S. 21. Siehe dazu das Kapitel II.1 „Elsass-Lothringen zwischen Deutschland und Frankreich“.

Vielfalt durch die nationalstaatliche Vereinheitlichungspolitik wenig eingeschränkt. Regionale Akteure besaßen in Kommunalpolitik, Selbstverwaltung und Zivilgesellschaft durchaus eigene Handlungsoptionen¹⁸.

Im Zuge der Industrialisierung und der Verkehrs- und Kommunikationsrevolution spielten Migrationsbewegungen eine wichtige Rolle in beiden Gesellschaften. Ein Großteil waren saisonale Wanderungen zumeist zwischen den Städten und ihrem unmittelbaren Umland. In Zeiten wirtschaftlicher Depression stieg die Fernwanderung an, die im Kaiserreich vor allem von Ostpreußen ins industrialisierte Rheinland und zu den Hochöfen des Ruhrgebiets führte. Rund 2,85 Millionen Menschen migrierten während des Kaiserreichs nach Übersee¹⁹. Ab Mitte der 1890er-Jahre stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften im Kaiserreich, sodass die Auswanderung zurückging, während die transnationale Zuwanderung anstieg. Der Großteil der landwirtschaftlichen Wander- und Saisonarbeiter kam aus Osteuropa, vor allem aus Polen, Russland, Galizien sowie aus Italien²⁰. Zu diesem Zeitpunkt war Frankreich bereits ein Einwanderungsland: Zwischen 1872 und 1886 hatte sich dort die Anzahl der Ausländer verdoppelt. Über eine Millionen Einwanderer kam 1881 nach Frankreich, zumeist aus Belgien und Italien, aber auch aus Spanien und der Schweiz²¹. Mit 11,9 % stellten die deutschsprachigen Einwanderer 1911 nach Italienern und Belgiern in Frankreich die drittgrößte Gruppe²². Umgekehrt gab es keine nennenswerte Einwanderung aus Frankreich nach Deutschland, wohl aber Reisen aus geschäftlichem, wissenschaftlichem oder touristischem Anlass²³. An den französischen Industriestandorten ließ die Wirtschaftskrise in den 1880er- und verstärkt ab den 1890er-Jahren Fremdenfeindlichkeit und gewaltvolle Ausschreitungen zwischen französischen und ausländischen Arbeitern ansteigen²⁴.

Vor dem Ersten Weltkrieg hatten sich die Zuwanderungszahlen in beiden Ländern angeglichen: Rund 1,16 Millionen Einwanderer kamen 1911 laut offiziellen Statistiken nach Frankreich. Nach Deutschland waren es 1910 etwa 1,26 Millionen, wobei nicht alle Saisonarbeiter und temporären Migranten erfasst sein dürften²⁵. Die transnationalen Migrationen verbunden mit der demografischen Entwicklung – in Deutschland stark ansteigend, in Frankreich stagnierend – hatten in beiden Ländern Auswirkungen auf den Nationalismuskurs und auf die

18 Siehe z. B. THIESSE 1997 [1267]; CHANET 1996 [1251]. Ältere Sicht: WEBER 1977 [304]. Ein Forschungsüberblick auf Deutsch: HÜSER 2001 [284].

19 MERGEL 2009 [1244], S. 376.

20 BADE, OLTMER ²2008 [1235], S. 150; WEHLER 1995 [110], S. 546.

21 PAGE MOCH ²2008 [1265], S. 127; LEQUIN 2006 [1258], S. 301–302; WEIL 2002 [768], S. 356–357.

22 Zur deutschen Einwanderung nach Frankreich im 19. Jahrhundert siehe KÖNIG 2003 [1221].

23 BARBEY-SAY 1994 [1138].

24 DORNEL 2012 [1254]; NOIRIEL 2007 [357]; LEQUIN 2006 [1258], S. 338–334.

25 MERGEL 2009 [1244], S. 384. Vgl. PRAT-ERKERT 2012 [355], S. 232.

Ausgestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts. In der Dritten Republik war das Gesetz von 1889 vor dem Hintergrund der demografischen Stagnation, dem Arbeitskräftemangel und dem Ziel, Wehrpflichtige zu gewinnen, überwiegend vom Territorialprinzip (*ius soli*) geprägt, womit in Frankreich geborene Kinder von Einwanderern die französische Nationalität erhielten. Das deutsche Staatsbürgergesetz von 1913 schrieb dagegen vor allem das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) mit dem Ziel einer Homogenisierung des Nationalstaats fest. Beide Staatsbürgergesetze waren jedoch Mischformen dieser idealtypisch dargestellten Prinzipien und durch internationale Transfers bei der Ausarbeitung der Gesetzestexte entstanden²⁶.

Verfassungen und politische Kulturen

Einen starken Kontrast zwischen beiden Ländern bildeten die politischen Ordnungen, mit der konservativ-autoritären und föderalen Monarchie in Deutschland auf der einen und der bürgerlich-parlamentarischen und zentralistisch ausgerichteten Republik in Frankreich auf der anderen Seite²⁷. Das Deutsche Kaiserreich bestand als föderativer Verbund aus 22 Staaten und drei freien Städten, die in Größe, Bevölkerung, Wirtschaft und Machtanspruch sehr unterschiedlich waren. Die Einzelstaaten behielten ihre Regierungen, Landtage und Verwaltungen und waren für den überwiegenden Teil der Politikfelder wie für die Umsetzung der reichseinheitlichen Bestimmungen verantwortlich. Die föderative Struktur zog eine relative Schwäche des Reiches nach sich, das von den Matrikularbeiträgen seiner Mitgliedsstaaten abhängig war und selbst abgesehen von einigen Verbrauchssteuern wie auf Salz, Tabak und Rübenzucker keine Reichssteuern erhob²⁸.

Die Reichsverfassung von 1871 basierte auf derjenigen des Norddeutschen Bundes von 1867, die, geprägt von Bismarck, unter Berücksichtigung preußischer Machtinteressen und mit einer starken Stellung für die Exekutive, d. h. Kaiser und Reichskanzler, erarbeitet worden war²⁹. Der Reichskanzler war bis 1918 fast durchgehend in Personalunion zugleich preußischer Ministerpräsident und zumindest in der Bismarckzeit die „maßgebliche Instanz des politischen Systems“³⁰. Der Kanzler war dem Reichstag zwar Rechenschaft schuldig,

26 GOSEWINKEL 2009 [309], S. 400–401; GOSEWINKEL 2008 [307]; JANSEN, BORGGRÄFE 2007 [682], S. 121. Ältere Sicht: BRUBAKER 1994 [307].

27 KAEUBLE 1991 [1219], S. 84.

28 HALDER ²2006 [244], S. 13.

29 Zur Verfassung und zur Forschung darüber siehe ALTHAMMER ²2017 [83], S. 39–44; BERGHAIN ¹⁰2003 [85], S. 290–298; GUSY 2002 [243]; MOMMSEN 1993 [101], S. 333–353; NIPPERDEY 1992 [105], Bd. 2, S. 85–109. Zur Kontroverse um den Einfluss Bismarcks auf die Verfassung und deren Einordnung siehe ULLMANN ²2005 [258], S. 65–68.

30 ALTHAMMER ²2017 [83], S. 44.

hing aber allein vom Vertrauen des Kaisers ab. Der Reichstag hatte jedoch ein Gesetzinitiativrecht und musste allen Gesetzen sowie dem Reichshaushalt zustimmen und hatte damit wichtige Einflussmöglichkeiten³¹. Der Bundesrat hatte die formelle Souveränität inne und arbeitete Gesetzesvorlagen aus, über die der Reichstag abstimmte. Der Bundesrat konnte mit Zustimmung des Kaisers den Reichstag auflösen. Bismarck drohte mit dieser Option, wenn die Abgeordneten die Zustimmung zu Gesetzen verweigerten. So forderte Bismarck 1887 mit taktischem Hinweis auf die durch General Boulanger geschürte Kriegsstimmung in Frankreich einen neuen siebenjährigen Militäretat, den ihm der Reichstag verwehrte. Der Bundesrat folgte Bismarck, löste den Reichstag auf und setzte Neuwahlen an. Die Ausübung und Erweiterung der parlamentarischen Mitbestimmungs- und Kontrollrechte war ein innenpolitisch beherrschendes Dauerthema, das insbesondere vonseiten der Liberalen verfolgt wurde.

Der Kaiser berief den Bundesrat und den Reichstag ein, ernannte und entließ den Kanzler. Er hatte den Oberbefehl über Heer und Marine. Das Militär war damit außerhalb der konstitutionellen Verfassung, denn es unterlag nicht der Mitbestimmung und der Kontrolle durch das Parlament³². Kaiser Wilhelm II. versuchte während seiner Regierungszeit ab 1888, den eigenen Machtbereich zu vergrößern und die Exekutive stärker in seiner Person zu bündeln. Das tatsächliche Ausmaß der Machterweiterung durch sein „persönliches Regiment“ ist in der Forschung genauso umstritten wie die Reformfähigkeit des Kaiserreichs³³.

In Frankreich begann 1870 der komplexe Prozess der Etablierung und Festigung des republikanischen Regimes, der institutionelle sowie soziokulturelle Aspekte umfasste³⁴. Trotz einer republikfeindlichen Konstellation im ersten Parlament im Februar 1871, in dem rund zwei Drittel der Abgeordneten bekennende Monarchisten waren, konnten republikanische Institutionen aufgebaut werden, ein Paradox, das sich mit der Komplexität der damaligen politischen Positionen erklären lässt³⁵. Es lag vor allem an der Spaltung der Monarchisten in drei Lager – Legitimisten, Orléanisten und Bonapartisten –, die jeweils unterschiedliche Dynastien und konkurrierende Vorstellungen von politischer Legitimität vertraten, dass die Versuche zur Restauration der Monarchie scheiterten³⁶. Integrierend und stabilisierend auf die neue Staatsform wirkte die vorzeitige Zahlung der Kriegs-

31 Zur unterschiedlichen Gewichtung der Rolle des Reichstags in der Forschung siehe ULLMANN ²2005 [258], S. 71–72.

32 NIPPERDEY 1992 [105], Bd. 2, S. 203.

33 Zusammenfassung der Forschungskontroverse über das „persönliche Regiment“ Wilhelms II. bei ULLMANN ²2005 [258], S. 81–82; BERGHAHN ¹⁰2003 [85], S. 296–298. Auf Französisch: BAECHLER 2003 [233].

34 Zur politischen Geschichte sowie zu Aufbau und Festigung der Republik siehe GROS 2014 [122]; RÉMOND 2002 [294]; ROSANVALLON 2000 [297]; CANDAR 1999 [115]; NORD ²1998 [287]; MAYEUR 1984 [127]; RUDELLE 1982 [301]; RÉBERIOUX 1975 [131].

35 HOUTÉ 2014 [124], S. 23.

36 PASSMORE 2013 [333], S. 18–44.

schulden an Deutschland noch unter der Präsidentschaft von Adolphe Thiers. Die rasche Begleichung der Reparationen in zwei statt fünf Jahren stellte nicht nur das politische und wirtschaftliche Leistungsvermögen der jungen Republik unter Beweis, sondern hatte zugleich den stufenweisen Abzug der deutschen Truppen bis September 1873 zur Folge. Die sogenannten Befreiungsanleihen (*emprunts de la libération*) mobilisierten zu diesem Zweck in erheblichem Maß das Kapital von Kleinanlegern, die der Republik damit einen Vertrauensvorschuss gaben.

Eine tatsächliche Verfassung wurde für die Dritte Republik nicht ausgearbeitet. Auf Betreiben der Republikaner wurden 1875 drei Verfassungsgesetze (*lois constitutionnelles*) erlassen, jedoch ohne Präambel oder Doktrin. In diesen Gesetzen, die im Wesentlichen bis 1940 in Kraft blieben, wurden die Organisation der Staatsgewalt, des Senats und die Beziehungen der Staatsgewalten untereinander geklärt. Die Legislative bestand demnach mit der *Chambre des députés* und dem Senat aus zwei Kammern, die gemeinsam die *Assemblée nationale* bildeten. In Budgetfragen lag das Vorrecht bei der *Chambre des députés* mit rund 600 Abgeordneten, die auf vier Jahre gewählt wurden, gegenüber dem Senat mit 300 auf neun Jahre gewählten Senatoren. In allen anderen Fällen wurden die legislativen Aufgaben gemeinsam wahrgenommen³⁷. Gesetzesinitiativen wurden dabei von der einen zur anderen Kammer geschickt, bis eine Fassung eine Mehrheit in beiden Kammern erhielt.

Die Regierung war den Kammern gegenüber verantwortlich und von den Mehrheiten darin abhängig, was zu häufigen Kabinettswechseln führte. Oftmals hatten sich die Mehrheitsverhältnisse jedoch gar nicht geändert und die neuen Regierungen wurden weitgehend mit identischem Personal gebildet. Destabilisierend wirkte auf die Regierungen, dass die Abgeordneten aufgrund der verhältnismäßig schwach ausgeprägten Parteienlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in ihrem Abstimmungsverhalten häufig wechselnde Koalitionen bildeten³⁸. Sie fühlten sich vor allem ihrem Wahlkreis verpflichtet, weniger einer Parteiorganisation oder einem Parteiprogramm. Die in die Kammer gewählten Abgeordneten waren zunächst mehrheitlich Adelige und Notabeln, was nicht der sozialen Struktur der Wählerschaft entsprach. Eine stärkere Durchmischung entstand ab 1900, als mit den Abgeordneten der sozialistischen Parteien Männer aus sozial niedrigen und bildungsfernen Schichten Mandate erhielten³⁹.

Die Kammern wählten in einer gemeinsamen Sitzung den Präsidenten der Republik auf sieben Jahren, der wiederum den Ministerpräsident (*président du Conseil*) zur Kabinettsbildung ernannte. Der Präsident hatte eine starke Stel-

37 ENGELS 2007 [121], S. 37; RÉMOND 2002 [294], S. 154.

38 ROUSSELLIER 2003 [298], S. 367. Zu den Anfangsjahren siehe HUDEMANN 1979 [283].

39 Eine vergleichende Studie zur sozialen Herkunft von Parlamentariern in Deutschland und Frankreich in der *longue durée* bei BEST 2007 [212].

lung gegenüber der Regierung, obgleich seine Entscheidungen jeweils von einem Minister gegengezeichnet werden mussten⁴⁰. Er ernannte Beamte, Botschafter und Offiziere, berief die Minister und leitete den Ministerrat. Er vertrat die Republik nach außen. Vom Parlament verabschiedete Gesetze konnte er zurückweisen und zur erneuten Beratung an die Abgeordneten zurückgeben. In der Praxis entwickelte sich die Dritte Republik nicht zuletzt aufgrund der Zerstrittenheit der Konservativen weniger präsidial, als diese Regelungen es zugelassen hätten. Die parlamentarische Version des republikanischen Regimes mit einer starken Volksvertretung setzte sich durch und die Bevölkerung wählte mehrheitlich republikanisch. Abgesehen von der *crise du 16 mai* (1877) unter dem monarchistischen Präsidenten Marschall Patrice de Mac-Mahon gab es keine weiteren Versuche eines Präsidenten, die Kammer aufzulösen oder ein Gesetz zurückzuleiten⁴¹.

Mit der Übernahme von Präsidentschaft und Regierung durch die Republikaner waren knapp zehn Jahre nach der Proklamation der Republik alle Institutionen in republikanischer Hand. Die Freiheitsgesetze (*libertés fondamentales*) wie die Presse- und Versammlungsfreiheit und die Rechte der Kommunen (1881), die Wiedereinführung der Ehescheidung (1884) sowie die Reform des *code pénal* und die Revision der Verfassung von 1884 festigten das Regime in seiner demokratischen Ordnung⁴². Mit der Verankerung der politischen Symbole der neuen Republik ab 1879, der Amnestie für die Verurteilten des Kommuneaufstands und dem Umzug des Parlaments von Versailles nach Paris 1880 nahm, so François Furet, die Französische Revolution von 1789 nach rund 90 Jahren ihr symbolisches Ende und „kehrte in den Hafen ein“. Das Bild einer „*République en danger*“, die gegen Angriffe von links und rechts verteidigt werden musste, bestand jedoch weiter und wurde zeitgenössisch bis 1914 zu einer verbreiteten Vorstellung, die von den Republikanern bisweilen bewusst geschürt wurde⁴³. Bedrohungen zeigten sich neben den gefürchteten Staatsstreichern durch monarchistische, nationalistische und klerikale Kräfte bei verschiedenen Finanzskandalen wie dem Panamaskandal, in der Boulangerkrise, den anarchistischen Attentaten in den 1890er-Jahren sowie vor allem in der Dreyfus-affäre⁴⁴. So blieb die innere Geschlossenheit für die junge Republik ein zentrales Thema, das ab der Jahrhundertwende im Zusammenhang mit dem Streben nach außenpolitischem Prestige weiter an Bedeutung gewann. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich die Dritte Republik jedoch als funktionierende

40 RÉMOND 2002 [294], S. 86–93.

41 ENGELS 2007 [121], S. 35; RÉMOND 2002 [294], S. 90–91. Ein Vergleich der „*crise du 16 mai*“ mit dem preußischen Verfassungskonflikt 1862–1866 bei RAITHEL 2007 [228].

42 DUCLERT 2010 [118], S. 169; RÉMOND 2002 [294], S. 208–222, 224–228.

43 HOUTÉ 2014 [124], S. 10.

44 Zu den Gegnern der Republik siehe BERSTEIN 2003 [268], S. 291–302.

Demokratie bewiesen, die in der Bevölkerung mehrheitlich Rückhalt genoss. Es war ihr gelungen, republikanische Praktiken und Werte in der Gesellschaft zu verankern, in den Städten genauso wie im ländlichen Raum, der bis dahin stark von der Loyalität zu den traditionellen Eliten geprägt gewesen war. Einst als Subversion und Aufstand gegen die etablierte Ordnung wahrgenommen, stand das republikanische Regime nun selbst für diese Ordnung⁴⁵. Daneben zeigt die neuere Forschung kritische Aspekte des republikanischen Modells der Integration auf, das durchaus widersprüchlich war; zugleich egalitär und elitär, universalistisch und nationalistisch. So waren Frauen, (streikende) Arbeiter, Einwanderer, Vagabundierende und Kolonisierte in Teilen von republikanischen Partizipationsmöglichkeiten wie Wahlen oder politische Repräsentation ausgeschlossen⁴⁶.

Integration über Wahlen

Im Deutschen Kaiserreich galt für die Wahlen zum Reichstag das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes übernommen worden war⁴⁷. Wählen durften deutsche Männer über 25 Jahre. Frauen blieben vom Wahlrecht auf Landes- wie auf Reichsebene ausgeschlossen. Europaweit handelte es sich um ein vergleichsweise modernes und demokratisches Wahlrecht, das in dieser Form nur noch in Frankreich und Griechenland galt⁴⁸. Jedoch unterschied es sich deutlich von den Wahlrechten in den deutschen Einzelstaaten, die durch soziale Kriterien eingeschränkt oder wie das preußische Dreiklassenwahlrecht ungleich gewichtet waren. Bismarck hatte das moderne Wahlrecht auf Reichsebene eingeführt, um die konservativ eingestellten ärmeren Wählerschichten der ländlichen Regionen als Gegengewicht zu den liberalen Städtern zu gewinnen. Es entwickelte sich wider Erwarten zum Hauptmotor für die politische Partizipation im Kaiserreich⁴⁹.

Der Reichstag war das „Symbol der politischen Nation“⁵⁰. Über Reden im Reichstag und über Wahlveranstaltungen wurde ausführlich in der Presse berichtet. Insbesondere die Wahlkämpfe machten „das Reich als politische Einheit erfahrbar“⁵¹. Die stark zunehmende Wahlbeteiligung von 51 % bei den ersten

45 FONTAINE, MONIER, PROCHASSON 2013 [130], S. 5.

46 Zur kritischen Geschichtsschreibung über die Dritte Republik siehe FONTAINE, MONIER, PROCHASSON 2013 [130].

47 Zu Wahlen im Kaiserreich allgemein siehe ANDERSON 2009 [232]; SPERBER 1997 [257]. Auf Französisch: BIEFANG 2013 [235]. Auf Englisch: KÜHNE 2015 [248]; ANDERSON 2000 [232]. Forschungsüberblick zu Wahlen und Wahlkultur bei KÜHNE 2005 [247].

48 ANDERSON 2009 [232], S. 34.

49 HALDER 2006 [244], S. 9.

50 BIEFANG 2003 [234].

51 ALTHAMMER 2017 [83], S. 56.

Reichstagswahlen 1871 über 77,5 % im Jahr 1887 auf 85 % im Jahr 1912 ist ein Zeichen für die Fundamentalpolitisierung der Bevölkerung während des Kaiserreichs⁵². Sie entsprach der Wahlbeteiligung in anderen europäischen Ländern wie etwa in Frankreich, wo sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchschnittlich zwischen 70 % und 85 % lag. Die Politisierung zeigte sich darüber hinaus in der Herausbildung von Massenparteien und ihren Wahlkampagnen sowie bei demokratischen Praktiken wie Wahlen und der Abwehr von Wahlbeeinflussung, Versammlungen, öffentlichen Reden und Debatten. Ebenso waren die zahlreichen politischen Vereine, Gewerkschaften, Agitationsverbände, industriellen, agrarischen und mittelständischen Interessenverbände sowie Demonstrationen, Proteste, Kundgebungen und die vielfältigen Reformbewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts Zeichen für die zunehmende Politisierung und den Wunsch nach politischer Partizipation der Gesellschaft.

In Frankreich galt das allgemeine Wahlrecht für Männer seit 1848, mit bestimmten Einschränkungen während des Zweiten Kaiserreichs⁵³. Zu Beginn der Dritten Republik war daher bereits eine kulturelle Praxis des Wählens verbreitet, auf die der junge Staat aufbauen konnte. Wie im Kaiserreich hatte gerade der Akt des Wählens erhebliche nationsbildende Wirkung. Die landesweit zeitgleich stattfindende Stimmabgabe machte den Wahltag zum gemeinsamen Festtag, bei dem nicht nur die Nation als Ganzes, sondern auch die Bedeutung der eigenen Stimmabgabe erfahrbar wurde⁵⁴. Das allgemeine Wahlrecht hatte in Frankreich zudem eine erzieherische Funktion: Es sollte die politische und soziale Einheit des Landes symbolisieren. Der deutliche Partizipations- und Erziehungsgedanke findet sich im stärker obrigkeitsstaatlich geprägten Deutschen Kaiserreich von offizieller Seite her nicht⁵⁵. In Frankreich durften Männer ab 21 Jahren wählen, wählbar waren sie ab 25 Jahren. Frauen hatten in der Dritten Republik kein Wahlrecht und sollten es in Frankreich erst 1944 bekommen. Bei den Männern waren Militärs, Gefangene, Vagabundierende und die Kolonialbevölkerung (mit Ausnahme der älteren Kolonien Antillen, Réunion, Senegal, Cochinchina und Französisch-Indien) ebenfalls vom Wahlrecht ausgenommen. In Algerien, als Siedlungskolonie eine Ausnahme im französischen Kolonialimperium, wählten ansässige französische Staatsbürger ebenfalls, nicht jedoch die durch den *code de l'indigénat* von 1875 zu französischen Untertanen (*sujets*) er-

52 Eine Zusammenfassung der Forschungskontroverse bei JEFFERIES 2008 [95], S. 90–125; KÜHNE 2005 [247]. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871–1912 im Überblick bei ALTHAMMER ²2017 [83], S. 54; HALDER 2006 [244], S. 150; BERGHAHN ¹⁰2003 [85], S. 312–313.

53 Zur Entwicklung des Wahlrechts in Frankreich allgemein siehe GARRIGOU 2002 [276]; ROSANVALLON 2000 [297]; GARRIGOU 1992 [275]; ROSANVALLON 1992 [296]; HUARD 1991 [280]. Forschungsüberblick auf Deutsch: HÜSER 2001 [284].

54 BERSTEIN 2003 [268], S. 280; GARRIGOU 2002 [276]; GARRIGOU 1992 [275].

55 HAUPT 2009 [589], S. 155.

klärte einheimische Bevölkerung⁵⁶. Mit Hégésippe Jean Légitimus aus Guadeloupe wurde 1898 erstmals ein schwarzer Abgeordneter in die Kammer gewählt. Die Ausnahme der Militärangehörigen vom Wahlrecht diente dazu, die Armee als unpolitischen Raum zu konstituieren. Darin sowie in der parlamentarischen Kontrolle der Armee unterschieden sich das Deutsche Kaiserreich und die Dritte Republik grundlegend voneinander.

Obwohl sie kein Wahlrecht hatten, nahmen Frauen in beiden Ländern intensiv an politischen Aktivitäten teil: Sie sammelten Spenden für politische Zwecke, organisierten Veranstaltungen und Wohltätigkeitsunternehmungen und verbreiteten Flugblätter und Werbematerialien für die Parteien⁵⁷. In Preußen war ihnen bis April 1908 die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und Parteien verboten. Manche Aktivistinnen setzten sich jedoch über das Mitgliedschaftsverbot hinweg, etwa die Frauenrechtlerin und Publizistin Lily Braun, die per Schlitten zu Wahlveranstaltungen im ostelbischen Gebiet reiste und dort Reden für die SPD hielt⁵⁸. Aufstrebend war ab der Jahrhundertwende die Frauenemanzipationsbewegung, die sich für Gleichberechtigung, bessere Bildungsmöglichkeiten, Zugang zu qualifizierter Berufstätigkeit und insbesondere für das Frauenwahlrecht einsetzte. Diese Debatten wurden international geführt, bei den sozialistischen Parteien genauso wie in der bürgerlichen Frauenbewegung. In Deutschland dominierten dabei vermögende, gebildete, protestantische Frauen, in Frankreich Frauen aus dem mittleren und dem Kleinbürgertum⁵⁹. Die Frauenbewegung konnte ihre Ideen im Kaiserreich so erfolgreich verbreiten, dass konservative Kreise sich genötigt sahen, eine antifeministische Gegenbewegung zu initiieren. Eine solche gab es zwar auch in Großbritannien, in dieser Form aber nicht in Frankreich. Dort hatten es Feministinnen trotz Maßnahmen im Erziehungswesen und der Einführung der Schulpflicht für Mädchen schwer, sich Gehör zu verschaffen⁶⁰. Besonders intensiv wurde das Frauenwahlrecht diskutiert, und Frauen erhielten das Wahlrecht für Einrichtungen wie Handelskammern, berufsständische Vertretungen und Handelsgerichte⁶¹. Die Gegnerschaft zur Frauenemanzipation war in

56 WEIL 2002 [768], S. 61.

57 SCHASER 2006 [1249], S. 54. In Württemberg, Baden und Hessen etwa durften Frauen bereits vor 1908 an Versammlungen teilnehmen, siehe ANDERSON 2009 [232], S. 363.

58 ANDERSON 2009 [232], S. 364.

59 PLANERT 2009 [250], S. 167–172; SCHASER 2006 [1249], S. 88–91; KLEJMAN, ROCHEFORT 1989 [1256], S. 26. Zur internationalen Diskussion des Frauenwahlrechts siehe BOCK 1999 [237].

60 TAITHE 2001 [201], S. 110.

61 PLANERT 2009 [250], S. 171; ROSANVALLON 1992 [296], S. 410. Zum Frauenwahlrecht in Frankreich siehe BOUGLÉ-MOALIC 2012 [271]; ROSANVALLON 1992 [296], S. 393–412; HUARD 1991 [280], S. 188–210; KLEJMAN, ROCHEFORT 1989 [1256], S. 262–301.

Frankreich in der Mitte der Gesellschaft verankert, während sie in Deutschland stärker von der nationalistischen Rechten getragen wurde⁶². Frauen wurden in der republikanischen Tradition vor allem als Mütter und weniger als Staatsbürgerinnen oder als Individuen gesehen. Die frauenfeindlichen und pronatalistischen Strömungen in Frankreich propagierten daher mit Blick auf den starken Geburtenüberschuss in Deutschland die Erhöhung der Geburtenrate in Frankreich. Der öffentliche politische Raum sollte Männern vorbehalten bleiben, wobei auch hier die Verteidigung der Republik argumentativ ins Feld geführt wurde: Die Republikaner fürchteten, dass Frauen bevorzugt katholische Parteien wählen würden, was das Zurückdrängen der Kirche durch die laizistische Politik unterlaufen hätte⁶³. Die stärkere antifeministische Bewegung im Kaiserreich kann als Zeichen für den größeren Verbreitungsgrad feministischer Ideen in der deutschen Gesellschaft gewertet werden, die in dieser Hinsicht „modernisierungswilliger“⁶⁴ war als die französische.

Die Parteien in beiden Ländern mussten sich auf den politischen Massenmarkt einstellen, wie er sich um die Jahrhundertwende entwickelte⁶⁵. Dazu gehörten neue Organisationsformen für Parteien. Der klassische, organisatorisch kaum gebundene Honoratiorenpolitiker war auf dem Rückzug. Neu war die Erfahrung, dass Politiker sich unmittelbar an ihre Wähler wandten und diese um ein Mandat baten⁶⁶. Parteien in Deutschland und Frankreich reagierten bis 1914 ganz ähnlich – nämlich sehr zögerlich – auf diese Herausforderungen⁶⁷. Im Kaiserreich existierte durchgängig ein Fünfparteiensystem, bestehend aus Konservativen, Katholiken, Nationalliberalen, Linksliberalen und Sozialisten. Obwohl Splitterparteien zeitweilig Abgeordnete in den Reichstag entsenden konnten, erlangten diese nie Einfluss auf die Mehrheitsbildung im Parlament⁶⁸. Während es in Frankreich bereits seit 1852 ein staatliches Gehalt für Abgeordnete gab, erhielten Reichstagsabgeordnete bis 1906 keine Diäten. Dadurch konnten sich nur vermögende Personen oder Politiker zur Wahl stellen, die über einen finanziellen Rückhalt durch ihre Partei oder durch Spenden verfügten.

62 PLANERT 2009 [250], S. 179.

63 BOUGLÉ-MOALIC 2012 [271], S. 170–173, 175–177; ANDERSON 2009 [232], S. 118; ROSANVALLON 1992 [296], S. 396; HUARD 1991 [280], S. 198–199.

64 PLANERT 2009 [250], S. 183. Siehe auch BOUGLÉ-MOALIC 2012 [271], S. 166–170; ROSANVALLON 1992 [296], S. 406–407.

65 Zur Kritik an der Festlegung des Zeitpunkts siehe RETALLACK 2009 [251], S. 133–134 sowie KÜHNE 2005 [247], S. 299. Aus der Fülle der Literatur über Parteien im Kaiserreich siehe neben den bereits zitierten Werken zu Wahlen DOWE, KOCKA, WINKLER 1999 [239]; RITTER 1985 [252]. Französisch: SAINT-GILLE 2006 [253]; WAHL 1999 [260].

66 OSTERHAMMEL 2009 [80], S. 827, 859.

67 KREUZER 2001 [223], S. 3, 24, 49–51.

68 HALDER 2006 [244], S. 21; RITTER 1985 [252], S. 6. Ullmann sieht dagegen ein „regionalisiertes Fünfparteien- und nationalisiertes Drei-Lager-System“, ULLMANN 2005 [258], S. 73.

In Frankreich formierte sich ein festes Parteienspektrum in den Jahren 1901 bis 1905 und damit später als im Deutschen Kaiserreich und in anderen europäischen Ländern. Eine restriktive Gesetzgebung im Hinblick auf die Gründung von Verbänden und Organisationen spielte dabei genauso eine Rolle wie eine damit verknüpfte stärker individualistische politische Tradition⁶⁹. Dennoch kann nicht pauschal von einer instabilen französischen Parteienlandschaft die Rede sein⁷⁰. Gewerkschaften und Berufsverbände etwa waren seit 1884 zugelassen. Eine sehr wichtige Rolle spielten die Ligue de l'enseignement, die Ligue des patriotes sowie die Freimaurerlogen, allen voran der Grand Orient de France, dem zahlreiche führende Republikaner wie beispielsweise Jules Ferry angehörten⁷¹. Das infolge des Vereinsgesetzes von 1901 entstehende Parteienspektrum mit dem Parti radical-socialiste der republikanischen Dreyfusanhänger, der Alliance démocratique (beide 1901) und der Fédération républicaine (1903) der konservativen Republikaner, dem 1905 gegründeten Parti socialiste unifié, section française de l'Internationale ouvrière (SFIO) sowie der Action française (1898) im rechten Lager blieb im Wesentlichen bis 1940 erhalten⁷².

Die starke Politisierung der französischen Gesellschaft in der Zeit vor 1914 steht außer Frage. Die Epoche gilt als Zeit, in der das Politische – nicht zuletzt wegen der Dreyfusaffäre – das öffentliche und nationale Leben, soziale Dynamiken, künstlerische Bewegungen, intellektuelle Debatten sowie individuelle und kollektive Vorstellungen beherrschte. Anders wurde dagegen von der Forschung die Situation im Deutschen Kaiserreich eingeschätzt: Hier dominierte lange Zeit die Vorstellung eines wirtschaftlich modernen, aber gesellschaftlich und politisch rückständigen Staates, ein Bild, das inzwischen deutlich revidiert wurde⁷³. So war mit der Verfassung zwar ein Rahmen vorgegeben. Wie sich das Kräfteverhältnis jedoch darin entwickeln würde, war im Deutschen Kaiserreich ähnlich wie in Frankreich offen. Verfassungsmäßig beschritt das Kaiserreich in Europa keinen Sonderweg, sondern stellte eine „Variante des zeittypischen monarchischen Konstitutionalismus“⁷⁴ dar. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg spiegelte damit beides: die konstitutionelle Krise des Kaiserreichs einerseits, manifest etwa in der politischen Blockade zwischen Regierung und Reichstag aufgrund fehlender Kontrollbefugnisse, und die weite Akzeptanz des bestehen-

69 ENGELS 2007 [121], S. 56–57.

70 Vgl. den Überblick bei OFFERLÉ 2006 [288] sowie HUDEMANN 1979 [283]. Zu Parteien allgemein siehe außer der bereits zu Wahlen zitierten Literatur BERSTEIN 2003 [269]; HUARD 2003 [282]; HUARD 1996 [281].

71 NORD ²1998 [287], S. 15–30; HUARD 1996 [281], S. 183. Siehe auch ENGELS 2007 [121], S. 59.

72 BERSTEIN 2003 [269], S. 438. Zu den Radikalen in den Anfangsjahren der Republik siehe auf Deutsch: MOLLENHAUER 1997 [286].

73 TORP, MÜLLER 2009 [104], S. 21, 23.

74 ALTHAMMER ²2017 [83], S. 61.

den politischen Systems andererseits⁷⁵. So hatte abgesehen von der SPD – die allerdings die stärkste Fraktion war – keine Partei im Kaiserreich ein tatsächliches Interesse an einer Ablösung der konstitutionellen durch eine parlamentarische Monarchie oder gar durch eine Demokratie, wie es sie in Frankreich gab. Gerade die konservativen Parteien erwarteten in diesem Fall einen Stimm- und Einflussverlust⁷⁶. In enger Beobachtung der Entwicklung der Dritten Republik wurde in politischen Diskussionen im Kaiserreich dem deutschen Rechtsstaat der französische politische Staat gegenübergestellt. Die Korruptionsskandale in Frankreich, das harte Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung bei Streiks, fehlende Sozialgesetze, wirtschaftliche Schwäche, politische Instabilität und vor allem das Versagen der Justiz in der Dreyfusaffäre wurden quer durch fast alle politischen Lager im Kaiserreich kritisiert und ließen das deutsche Modell als überlegen erscheinen. Selbst Teile der deutschen Sozialisten waren gegen die Republik eingenommen, in deren Staatsform sie keine wirkliche Alternative zum Kaiserreich sahen⁷⁷. Erstaunlich ist die große Häufigkeit, mit der im Kaiserreich auf die ausländischen parlamentarischen Systeme in Frankreich und Großbritannien Bezug genommen wurde. Sogar Ende des Jahres 1908 auf dem Höhepunkt der Daily-Telegraph-Affäre aufgrund eines umstrittenen Interviews von Kaiser Wilhelm II. fand noch die Hälfte der Abgeordneten während der Reichstagsdebatten Zeit, das deutsche politische System mit den Systemen anderer europäischer Länder zu vergleichen⁷⁸. Die Genugtuung vieler Deutscher über die vermeintliche Überlegenheit der eigenen staatlichen Institutionen im internationalen Vergleich ist ein Hinweis darauf, dass es neben kulturellen und sprachlichen genauso politische Komponenten gab, die sich einigend auf das deutsche Nationalgefühl ausgewirkt haben⁷⁹. Die zeitgenössische deutsche Kritik an der *décadence* und der scheinbaren Instabilität der Dritten Republik hat sich interessanterweise in Teilen der deutschen Geschichtsschreibung bis Ende des 20. Jahrhunderts gehalten⁸⁰.

In Frankreich herrschte umgekehrt eine gewisse Faszination für die eigene Sonderstellung als Republik. Ein Großteil der Bevölkerung sah Frankreich in einer überlegenen Position als demokratische Insel in einem monarchistischen Europa⁸¹. Mit Blick auf das Deutsche Kaiserreich wurden vor allem dessen autoritäre Züge kritisiert. So hatte die Affäre um den „Hauptmann von Köpenick“

75 HEWITSON 2001 [245], S. 779.

76 KÜHNE 2005 [247], S. 314; LANGEWIESCHE 2003 [249], S. 16; HEWITSON 2003 [220], S. 218, 244; HEWITSON 2001 [245].

77 KRUMEICH 2007 [98], S. 458; HEWITSON 2003 [220], S. 190–202; KRUMEICH 1992 [319], S. 204–205.

78 HEWITSON 2003 [220], S. 223.

79 Ebd., S. 3, 4, 26, 27, 33, 50, 65.

80 Siehe dazu KRUMEICH 1996 [125], S. 305–306.

81 HOUTÉ 2014 [124], S. 11.

1906, bei der ein vorbestrafter Schuster in der Uniform eines Hauptmanns das Rathaus von Köpenick stürmte und dort die Stadtkasse entwendete, die Franzosen stark amüsiert. Sie galt als Bestätigung der marionettenhaften Hörigkeit der Deutschen gegenüber Militär und Autoritäten⁸².

Geschichtswissenschaft und Schulerziehung

Historikern kam in beiden Ländern eine zentrale Rolle für die Entwicklung einer nationalstaatlichen Traditionspflege und Erinnerungskultur zu⁸³. Preußische Historiker stellten die Reichsgründung 1871 in eine Linie mit den napoleonischen „Befreiungskriegen“⁸⁴. Französische Historiker zogen republikanische Verbindungslinien zurück zur Französischen Revolution. Sie hatten überdies die Aufgabe, die Niederlage Frankreichs 1871 sowie den Aufstieg Preußens aus der Geschichte zu erklären und eine geistige Regeneration einzuleiten⁸⁵. Als eine der Ursachen wurden das schlechte schulische und universitäre Ausbildungssystem sowie die im Vergleich zu Preußen „unwissenschaftliche“ und unpatriotische Geschichtsschreibung identifiziert⁸⁶. Historiker wie Gabriel Monod und Ernest Lavisse setzten sich dafür ein, die französische Geschichtswissenschaft nach deutschem Vorbild zu professionalisieren und zu standardisieren, ein Prozess, der in Teilen bereits in den 1860er-Jahren eingesetzt hatte. Nach dem verlorenen Krieg 1870/71 wurde aus dem bis dahin primär intellektuellen ein patriotisches Anliegen, wodurch das Vorhaben deutlich an Vehemenz gewann⁸⁷. Von einem kritiklosen Transfer des „deutschen Modells“ nach Frankreich kann jedoch nicht die Rede sein⁸⁸. Spätestens um 1900 hatte Deutschland seine Vorbildfunktion für die französische Geschichtswissenschaft verloren, obgleich die gegenseitige Wahrnehmung und der Austausch weiterhin eng blieben⁸⁹. Die internationalen Historikerkongresse ab 1898 waren Orte des Austauschs und der Konkurrenz, bei denen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Dokumentation von Quellen genauso deutlich wurde wie Deutungskämpfe und Dominanzstreit über Richtungen und Methoden⁹⁰.

Wegen seiner Breitenwirkung wurde dem Schulunterricht noch größere

82 NOLAN 2005 [325], S. 35.

83 LEONHARD 2008 [701], S. 741–783; FRANÇOIS, SCHULZE 1998 [689]; VOGEL 1997 [331]; FRANÇOIS, SIEGRIST, VOGEL 1995 [687].

84 PUSCHNER 2016 [189], S. 23–26.

85 GÖDDE-BAUMANN 1998 [1216]; KRUMEICH 1989 [1592]; DIGEON 1959 [1149].

86 KÖNIG 2014 [1257].

87 GÖDDE-BAUMANN 2009 [1217], S. 292.

88 LINGELBACH 2003 [1224]; WERNER 1995 [1234]; CHARLE 1994 [1252], S. 21–131; CARBONELL 1991 [1207]; CHARLE 1988 [1208].

89 ESCUDIER 2004 [1212]; LINGELBACH 2003 [1224].

90 HÜBINGER, PICT, DĄBROWSKA 2010 [1215], S. 176, 190. Zu den internationalen Historikerkongressen siehe auch ERDMANN 2005 [1211]; ERDMANN 1987 [1210].

Bedeutung als der universitären Ausbildung beigemessen. In einer Serie von Gesetzen wurden in Frankreich in den 1880er-Jahren unter Jules Ferry Reformen durchgeführt: Allgemeine Schulpflicht, Laizismus und kostenloser Unterricht waren deren Eckpfeiler⁹¹. Die pädagogische Ausrichtung war dabei eng mit der innenpolitischen, laizistischen Festigung der Republik verbunden, was die teils heftigen Diskussionen rund um die Gesetzesinitiativen erklärt. Schon in der Grundschule, für die zahlreiche standardisierte Neubauten in Ortsmitte entstanden, sollten die Kinder zu loyalen, von der Kirche unabhängigen Bürgern erzogen werden, die bereit waren, die Republik zu verteidigen. Der Volksschullehrer, vor dem Krieg mit einem eher schlechten Image ausgestattet, avancierte zur Symbolfigur der Republik: Als *hussard noir* in seinem schwarzen Rock stellte er das Gegenstück zum katholischen Priester dar und verkörperte die antiklerikale Idee. In der deutschen pädagogischen Fachpresse wurden diese Reformen mit „Sympathie, Respekt und Bewunderung“⁹² aufgenommen.

In Deutschland lag die Kultushoheit bei den einzelnen Ländern, die unabhängige Entscheidungen trafen. Zwar war die allgemeine Schulpflicht in den deutschen Ländern bereits im 17. und 18. Jahrhundert eingeführt worden, vollständig umgesetzt wurde sie jedoch erst nach 1871. Der Hauptauftrag der preußischen Volksschulen lag darin, über die Erziehung die nationale Idee zu stärken und der neuen kaiserlichen Monarchie die Loyalität der Massen zu sichern und sie gegen innere „Reichsfeinde“ zu immunisieren⁹³. Der deutschen Industrie sollten kaisertreue Arbeiter zugeführt werden, um sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten⁹⁴.

Im Militärkult trafen sich die Erziehungspolitiken beider Länder. In Frankreich erhielten die Kinder ab 1882 in den sogenannten Schulbataillonen (*bataillons scolaires*) eine militärische Ausbildung, was die deutsche Regierung beunruhigt zur Kenntnis nahm⁹⁵. Dem stand im Deutschen Kaiserreich neben der Verherrlichung von Krieg und Militär die „körperliche Wehrhaftmachung“ gegenüber, die im Turn- und Sportunterricht sowie in der „Heereserziehung“ gepflegt wurde. Ergänzend kamen das Erlernen von Kriegsliedern und Gymnastik- und Schießübungen hinzu sowie die vormilitärische Jugenderziehung, wie sie der preußische Jugendpflegeerlass von 1913 festschrieb. Die Presse kritisierte am jeweils anderen Land die chauvinistische Schulerziehung, in der man eine Gefahr für den Frieden in Europa sah⁹⁶.

Gleichzeitig wurde die Sprache des Nachbarlandes gelehrt, um die Verstän-

91 DUCLERT 2010 [118], S. 158–166; CABANEL 2007 [1250]; CHANET 1996 [1251]; DÉLOYE 1994 [1253]; OZOUF 1992 [1264]; OZOUF 1963 [1260].

92 SCHIVELBUSCH 2003 [1472], S. 417.

93 ALEXANDRE 2007 [1205], S. 92.

94 LÖHER, WULF 1998 [1243], S. 30.

95 SPIVAK 2007 [1233], S. 38.

96 ALEXANDRE 2007 [1205], S. 100.